

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



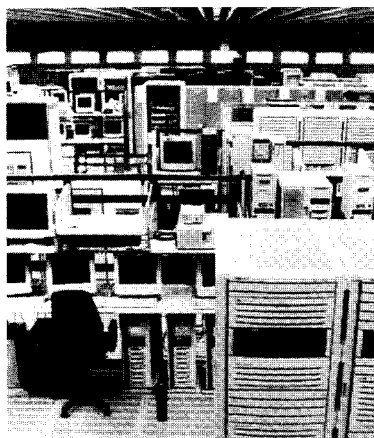
Nr. 168

HERBST 2007

€ 0,50

Für Klassenkampf gegen staatliche Unterdrückung!

CDU/SPD-Regierung auf „Terroristen“ jagd gegen Linke



Sondra/Action Press



dpa



kein Bildnachweis



David Hecker/DDP

Schäuble (CDU) setzt SPD-Schilys breite Angriffe auf demokratische Rechte, Immigranten und Linke fort. Links: BKA-Rechenzentrum, Fingerabdrucksammlung für digitale Reisepässe. Rechts: Polizeirazzia gegen „Rote Flora“ in Hamburg am 9. Mai (oben), Angriff auf Anti-G8-Protest am 2. Juni (unten)



Getty Images

In den letzten Monaten gab es gegen linke Organisationen in ganz Europa einen finsternen Anstieg staatlicher Repression. Besonders bedrohlich ist die Verfolgung in Deutschland, wo gerade Linke auf Grundlage des verhassten Paragraphen 129a wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ verfolgt werden. Axel H., Florian L. und Oliver R. sitzen seit dem 31. Juli in Untersuchungshaft, sie wurden verhaftet, während sie angeblich Bundeswehrfahrzeuge in Brand setzen wollten. Ihre Anwälte, deren Kontakt mit ihren Mandanten vom Staat massiv eingeschränkt wurde, haben inzwischen von den brutalen Verhaftungen berichtet: Die Scheiben ihres Autos wurden eingeschlagen, die Bullen zogen sie aus dem Wagen und fügten ihnen Schnittwunden und Prellungen zu. Einer der drei musste wegen

Wunden im Gesicht und an den Rippen ambulant behandelt werden, er wurde schwer verprügelt, während er im Auto saß. Sie bekamen Säcke über den Kopf, sie wurden gefesselt, dann ließ man sie ewig auf der Straße liegen. Den drei Aktivisten, denen schon seit einem Jahr vor den Verhaftungen nachgespioniert wurde, drohen jetzt lange Gefängnisstrafen.

Vier weitere Leute, darunter der Soziologe Dr. Andrej Holm von der Humboldt-Universität Berlin und der Politikwissenschaftler Dr. Matthias B., wurden ebenfalls auf Basis des Paragraphen 129a angeklagt wegen ihrer politischen Ansichten, „Gedankenverbrechen“. Holm wurde ebenfalls bei einer Razzia am 31. Juli verhaftet, in Untersuchungshaft verfrachtet und dann am 22. August auf Kautions freigelassen.

Fortgesetzt auf Seite 17

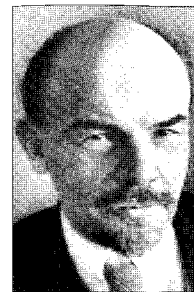
Weg mit den Gesinnungsparagraphen 129/a/b!

Vor 80 Jahren: Justizmord an Sacco und Vanzetti



TROTZKI

Das Komplott gegen die immigrierten amerikanischen Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti und ihre Hinrichtung 1927 entfachten massenhaften, weltweiten Protest der Arbeiterklasse. Am Vorabend der Hinrichtung wies James P. Cannon, Vorsitzender der International Labor Defense (ILD, in Deutschland Rote Hilfe), darauf hin, dass Sacco und Vanzetti bereits sieben furchtbare Jahre Gefängnis durchlebt hatten, während ihnen gleichzeitig permanent die Todesstrafe drohte. Bis heute hat Mumia Abu-Jamal, ein unschuldiger Mann und leidenschaftlicher Kämpfer gegen rassistische Unterdrückung, beinahe 25 Jahre als politischer Gefangener in der Todeszelle verbracht. Ihm darf nicht das Gleiche geschehen wie Sacco und Vanzetti! Es ist dringend notwendig, die weltweite Massenbewegung für Mumias Freiheit wieder aufzubauen, die 1995 den Henker stoppte. Wie die ILD setzen wir heute unser Vertrauen nicht in das „Rechts“-system, sondern in die soziale Macht der Arbeiterklasse!



LENIN

Der Fall Sacco-Vanzetti ist an einem Wendepunkt. Rechtlich gesehen hängt er nun von einer weiteren Berufung vor dem Obersten Gericht des Staates Massachusetts gegen die jüngste Entscheidung von Richter Thayer ab, der einen neuen Prozess verweigert hat. Aber von einem grundlegenden Standpunkt aus; das heisst, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus hängt die Angelegenheit von Entwicklungen innerhalb der Bewegung für Sacco und Vanzetti ab, an der sich Arbeiter unterschiedlicher Auffassungen beteiligen...

Der Fall Sacco-Vanzetti ist kein privates Monopol, sondern eine Sache des Klassenkampfes, in der das letzte Wort die Massen haben werden, die diesen Kampf zu ihrem eigenen gemacht haben. Es ist daher notwendig, die gegensätzlichen Strategien, die mit verschiedenen Zielen zusammenhängen, offen zu diskutieren.

Die eine Strategie ist die Strategie des Klassenkampfes. Sie legt den Schwerpunkt auf die Protestbewegung der Arbeiter in Amerika und allen anderen Ländern. Sie setzt alles Vertrauen in die Macht der Massen und keinerlei Vertrauen in die Gerechtigkeit der Gerichte. Während sie alle gangbaren rechtlichen Schritte befürwortet, ruft sie zu Agitation, Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen auf – zu organisiertem Protest auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ruft in dieser brennenden Frage zur Einheit und Solidarität aller Arbeiter auf, unabhängig von gegensätzlichen Ansichten in anderen Fragen. Genau das hat bisher die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti verhindert. Ihr Ziel [dieser Strategie] ist nichts Geringeres als ihre triumphale Rehabilitierung und Befreiung.

Die andere Strategie ist die Strategie des „guten Anse-

hens“, der „Zurückhaltung“ und von absurden Illusionen in die „Gerechtigkeit“ der Gerichte des Feindes. Sie verlässt sich hauptsächlich auf rechtliche Schritte. Sie will die Frage des Klassenkampfes verschleiern. Sie schreckt vor den „vulgären und lärmenden“ Demonstrationen der militanten Arbeiter zurück und bewirft sie mit dem Dreck der Verleumdung. Sie versucht, das Märtyrertum von Sacco und Vanzetti als einen „unglücklichen“ Fehler darzustellen, der durch die „richtigen“ Leute, die in der „richtigen“ Weise vorgehen, bereinigt werden kann. Das Ziel dieser Strategie ist die Weißwaschung der Gerichte von Massachusetts und „Gnade“ für Sacco und Vanzetti, in Form einer Umwandlung in lebenslange Haft für ein Verbrechen, von dem die Welt weiß, dass sie es nicht begangen haben.

Die bewussten proletarischen Elemente, mit denen wir uns bedingungslos identifizieren, treten für die erste Strategie ein. Die bürgerlichen Elemente und diejenigen, die von ihnen beeinflusst sind, treten für die zweite ein.

Die Korruption und die klassenmäßige Voreingenommenheit der Gerichte von Massachusetts sind längst bewiesen. Eine Spaltung der proletarischen Kräfte wird ihre mörderischen Pläne nur begünstigen. Sie wollen das Blut von Sacco und Vanzetti.

Nur die organisierte und vereinte Protestbewegung der Massen kann sie retten. In dieser Bewegung sind die klassenbewussten Arbeiter – die Militanten – die treibende Kraft. Mögen jene, die diese Bewegung behindern oder ihre Einheit gefährden, innehalten, auf dass sie nicht unbewusst zu Saccos und Vanzettis Henkern werden.

James P. Cannon, „Who Can Save Sacco and Vanzetti?“, *Labor Defender*, Januar 1927

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Renate Müller,
Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod,
Catherine Thomas, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiter: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nr. 168

HERBST 2007

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Europäische Gewerkschaften sagen:

Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit für Mumia, sofort!

Jeden Tag kann ein US-Bundesberufungsgericht das Urteil im Fall von Mumia Abu-Jamal verkünden, einem MOVE-Unterstützer, preisgekröntem Journalisten und ehemaligen Sprecher der Black Panther Party, der seit 1982 in einer Todeszelle von Pennsylvania sitzt. Deshalb kommt es umso mehr darauf an, dass die Organisationen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten jetzt ihre Stimme erheben und handeln. Wir drucken nachfolgend drei der vor kurzem von Gewerkschaften auf der ganzen Welt abgegebenen Erklärungen ab, die Mumias Unschuld bekunden und seine Freiheit fordern. Die erste ist eine Erklärung des griechischen Gewerkschaftsverbandes Militante Front aller Arbeiter (PAME) vom 7. August, unterschrieben von Giorgos Pontikos von der Abteilung für internationale Beziehungen. PAME ist verbunden mit der dortigen Kommunistischen Partei und repräsentiert eine halbe Million Arbeiter in mehr als 200 Gewerkschaften.

Die zweite Erklärung ist ein Aufruf der National Union of Journalists (NUJ) in Britannien und Irland vom 28. August an ihre Mitgliedschaft. Den NUJ-Aufruf drucken wir so ab wie auf der Internetseite der Gewerkschaft. Wie der

Brief der NUJ hervorhebt, haben Hunderte weitere Gewerkschaften und einzelne Gewerkschafter sowie antirassistische Organisationen und prominente Einzelpersonen gemeinsam eine Erklärung unterschrieben, die vom Partisan Defense Committee (PDC) stammt, einer rechtlichen und sozialen Verteidigungsorganisation, die mit der Spartacist League/U.S. verbunden ist. Die Erklärung wird auf Deutsch vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), einer Schwesterorganisation des PDC, verbreitet. In dieser Erklärung heißt es: „Wir fordern die sofortige Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!“ Zu denen, die Mumias Freiheit fordern, gehören auch zwei größere Arbeiterverbände in Südafrika, der Congress of South African Trade Unions und der National Council of Trade Unions.

Das dritte Solidaritätsschreiben stammt von den Teilnehmern der 5. Nord-Range-Konferenz europäischer Hafengewerkschaften. Das Solidaritätsschreiben wurde von Delegierten abgestimmt, die Arbeiter aus den Häfen Antwerpen, Le Havre, Marseilles, Rotterdam und Hamburg und deren machtvolle Gewerkschaften repräsentieren. Die Erklärung

Fortgesetzt auf Seite 4

Macht euch bereit für Notfallproteste!

Am 17. Mai führte das Dritte Bundesberufungsgericht der USA eine mündliche Anhörung in Mumias Fall durch, und es könnte jederzeit eine Entscheidung geben.

Falls das Gericht die Todesstrafe bestätigt oder Mumias Berufungsantrag auf einen neuen Prozess oder eine neue Anhörung ablehnt, ruft das KfsV zu Protesten auf.

**Mumia Abu-Jamal ist unschuldig!
Freiheit für Mumia!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

Berlin

am Tag nach der Entscheidung

Nähe US-Botschaft (Unter den Linden,
Ecke Neustädtische Kirchstr.)

18 Uhr an Wochentagen, 14 Uhr am Wochenende

Tragt euch in die Notfallmobilisierungsliste ein:
kfsv@online.de, Tel. (030) 443 94 01

Hamburg

am zweiten Tag nach der Entscheidung

Gegenüber dem US-Generalkonsulat (Alsterufer 27/28)
17.30 Uhr an Wochentagen, 12 Uhr am Sonnabend
(Im Falle eines Urteils am Freitag wird der Protest
am folgenden Montag stattfinden.)

Tragt euch in die Notfallmobilisierungsliste ein:
kfsv-hamburg@web.de, Tel. (040) 32 36 44

Für internationale Demos der Partisan Defense Committees in Chicago, New York, Oakland, Los Angeles, Toronto und London besucht unsere Internetseite: www.partisandefense.org/events/index.html

Das Komitee für soziale Verteidigung ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.



Spartakist

KfsV-Block bei Mumia-Demo am 12. Mai in Berlin

Gewerkschaften für Mumia...

Fortsetzung von Seite 3

wurde im Namen der Teilnehmer von Bernt Kamin-Seggeles unterschrieben, dem Sprecher des Landesfachbereichs Verkehr von ver.di in Hamburg. Beim KfsV-Büchertisch am Konferenzort haben auch Delegierte aus jedem einzelnen Hafen die PDC/KfsV-Erklärung für „sofortige Freiheit für Mumia Abu-Jamal“ unterschrieben.

Das PDC und das KfsV haben zu Notfallprotesten aufgerufen für den Fall, dass das Dritte Bundesberufungsgericht das im Jahr 2001 aufgehobene Todesurteil gegen Mumia bestätigt oder MumiAs Berufungsantrag auf einen neuen Prozess und eine neue Anhörung verweigert. Das Schicksal dieses leidenschaftlichen Kämpfers für soziale Gerechtigkeit darf nicht den rassistischen, kapitalistischen Gerichten überlassen werden. Jetzt ist es mehr denn je notwendig, den Willen von Abertausenden Arbeitern, Jugendlichen und Kämpfern gegen Rassenunterdrückung, dass Mumia sofort freikommen muss, in Aktion umzusetzen. Als 1995 Mumia die Hinrichtung drohte, hielten weltweite Massenproteste, auch von Gewerkschaften, die Millionen repräsentieren, den Henker zurück. Um diesen Kampf zu gewinnen, wird eine internationale Mobilisierung der Massen notwendig sein, die sich auf die Macht der Arbeiterklasse stützt – deren Macht sich darin zeigt, durch Streikaktionen die Arbeit verweigern zu können. *Freiheit für Mumia, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Mumia Abu-Jamal ist unschuldig

Mumia Abu-Jamal, bekannt für seine Kämpfe gegen Ungerechtigkeit, Rassismus und staatliche Gewalttätigkeit, ist infolge eines manipulierten Prozesses seit 24 Jahren in der Todeszelle.

Der sensationelle Fall von Mumia ist nur die Spitze des Eisbergs. Er wirft ein weiteres Schlaglicht auf das von *Klassenvorurteilen und Rassismus geprägte amerikanische Justizsystem*.

PAME, die in unserem Land die Klassengewerkschaft repräsentiert, fordert:

Die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal

Freiheit für Ehrenmitglied, seit 25 Jahren im Todestrakt

Der Fall des NUJ-Ehrenmitglieds Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt, ist in eine entscheidende Phase getreten, und die Gewerkschaft fordert ihre Mitglieder auf, dringend

notwendige Aktionen zu seiner Unterstützung durchzuführen.

Vor fünfundzwanzig Jahren wurde Mumia Abu-Jamal in den USA für den Mord an Daniel Faulkner, Polizeibeamter aus Philadelphia, verurteilt. Seitdem droht ihm das Todesurteil. Viele sind davon überzeugt, dass er aufgrund seiner politischen Überzeugungen und Aktivitäten als Journalist Opfer eines Komplotts wurde, weil er mit Leidenschaft und Überzeugung gegen rassistische, ethnische und auf Klassen basierende Vorurteile und für soziale Gerechtigkeit kämpfte.

Die NUJ machte Mumia 1995 zu einem Ehrenmitglied der Gewerkschaft, und NUJ-Mitglieder haben sich zusammen mit anderen unaufhörlich für seine sofortige Freilassung eingesetzt.

Doch Beweise für MumiAs Unschuld, darunter das beidete Geständnis von Arnold Beverly, dass er und nicht Mumia Faulkner erschossen hat, werden seit mehr als 25 Jahren ignoriert, und der Staat Pennsylvania und die Bundesgerichte haben diese Beweise abgelehnt oder sich sogar geweigert, sie überhaupt in Erwägung zu ziehen. Die NUJ denkt, dass er freigelassen werden muss.

MumiAs Fall ist nun an einem kritischen Punkt angelangt und Zeit ist entscheidend. Im Mai dieses Jahres hat das Dritte Bundesberufungsgericht in Philadelphia eine mündliche Anhörung im Berufungsverfahren durchgeführt – sowohl von Mumia als auch von der Staatsanwaltschaft. Die Gerichte werden in Kürze entscheiden, was nun mit Mumia passiert – Tod, ein Leben im Gefängnis oder möglicherweise weitere rechtliche Schritte.

Es ist dringend notwendig, den Massenprotest für die Freiheit MumiAs auf der Basis seiner Unschuld wiederzubeleben, und die NUJ fordert ihre Mitglieder auf, an den US-Botschafter zu schreiben und Gerechtigkeit für Mumia zu verlangen.

Bitte schickt Briefe an den Botschafter Robert Holmes Tuttle, US Embassy, 24 Grosvenor Square, London, W1A 1AE.

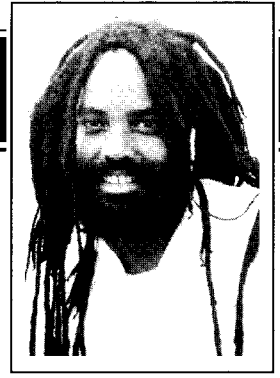
Letztes Jahr hat sich [NUJ-Generalsekretär] Jeremy Dear den Hunderten von Gewerkschaftern, antirassistischen Gruppen, Journalisten, Schriftstellern und anderen angeschlossen, die eine international verbreitete Erklärung unterzeichneten unter der Überschrift „Wir fordern die sofortige Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig“.

Zu den Unterzeichnern der Erklärung in Britannien gehören auch die Fire Brigades Union [Feuerwehrgewerkschaft], die Communication Workers Union [Telefonarbeitergewerkschaft], Bob Crow von der RMT [Rail, Maritime and Transport Union – Bahn-, Schifffahrts- und Verkehrsgewerkschaft], Gareth Peirce, Michael Mansfield, Ken Loach, der Dichter Benjamin Zephaniah, und Tony Benn. Internationale Unterzeichner waren unter anderem die Romanautoren Nadine Gordimer aus Südafrika und Dario Fo aus Italien sowie die Eisenbahngewerkschaft des mächtigen Gewerkschaftsbundes CGT in Frankreich.

Solidaritätsschreiben der Teilnehmer der 5. Nord-Range-Konferenz europäischer Hafengewerkschaften vom 13./14. September 2007 in Hamburg

Die Teilnehmer der Konferenz von europäischen Hafenarbeitergewerkschaften aus Frankreich (CGT), Belgien (BTB), den Niederlanden (FNV) und Deutschland (ver.di) vom 13./14. September 2007 in Hamburg sprechen sich einmütig dafür aus, dass Mumia Abu-Jamal, der seit über 2 Jahrzehnten unschuldig in der Todeszelle sitzt, unverzüglich freizulassen ist. Außerdem sprechen sich die Teilnehmer für die Abschaffung der unmenschlichen Todesstrafe aus. ■

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



Oury Jalloh verbrannt in Polizeigewahrsam: Tod in Zelle Nr. 5

Ein Flüchtling aus Sierra Leone namens Oury Jalloh verbrannte in der Zelle Nr. 5 bei lebendigem Leibe, in der deutschen Stadt Dessau.

Das Datum: der 7. Januar 2005.

Die Polizei auf dem Revier nannte es einen einfachen Fall von Selbstmord.

Seine Freunde und Kumpel haben schwerwiegende und beunruhigende Fragen aufgeworfen, zum Beispiel: Wie kann man sich an Händen und Füßen fesseln und durch Selbstverbrennung töten?

Seit diesem Tag versuchen Freunde von Jalloh und antirassistische Organisatoren, eine Bewegung gegen rassistische Gewalt aufzubauen; diese wird oft vom Staat ausgeübt, besonders gegen afrikanische Flüchtlinge wie Oury Jalloh.

Jalloh war 21 Jahre alt.

Sein Fall erinnert an ähnliche Vorfälle, an Zusammenstöße zwischen schwarzen Immigranten und der deutschen Polizei. Wie an den von Dominique Kuomadio, ein weiterer afrikanischer Flüchtling, der von der deutschen Polizei erschossen wurde, und zwar am 14. April 2006.

Als der deutsche Generalstaatsanwalt diesen Fall über-

nahm, war die Schlussfolgerung fast vorherbestimmt: Selbstverteidigung.

Antirassistische Deutsche und Gruppen von Flüchtlingsunterstützern haben sich organisiert, um eine Röntgenaufnahme von Oury Jallohs Leichnam zu verlangen und zu finanzieren. Durch diese Röntgenaufnahme stellte sich heraus, dass er eine gebrochene Nase und ein schweres Trauma am Mittelohr hatte.

Frühere Anfragen nach einer solchen Untersuchung waren vom Staatsanwalt abgeschmettert worden – mit der Begründung, sie wäre nicht nötig.

Und während die Bullen, die einen schwarzen Immigranten – der bei lebendigem Leibe verbrannt – im Polizeigewahrsam vielleicht ermordet haben, so gut wie sicher straffrei ausgehen werden, sind Aktivisten, die sich gegen die Bullen geäußert haben, jetzt angeklagt wegen Verleumdung und Diffamierung.

Bewahrt Oury Jalloh in Erinnerung!

Für mehr Informationen, geht auf:

www.oury-jalloh.so36.net, www.thevoiceforum.org

© 2007 Mumia Abu-Jamal

Spartakist-Abokampagne 2007

Quoten der Abokampagne 2007

Berlin	110
Hamburg	100
Auf Entfernung	10
Gesamt	220

- Jahresabo: € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

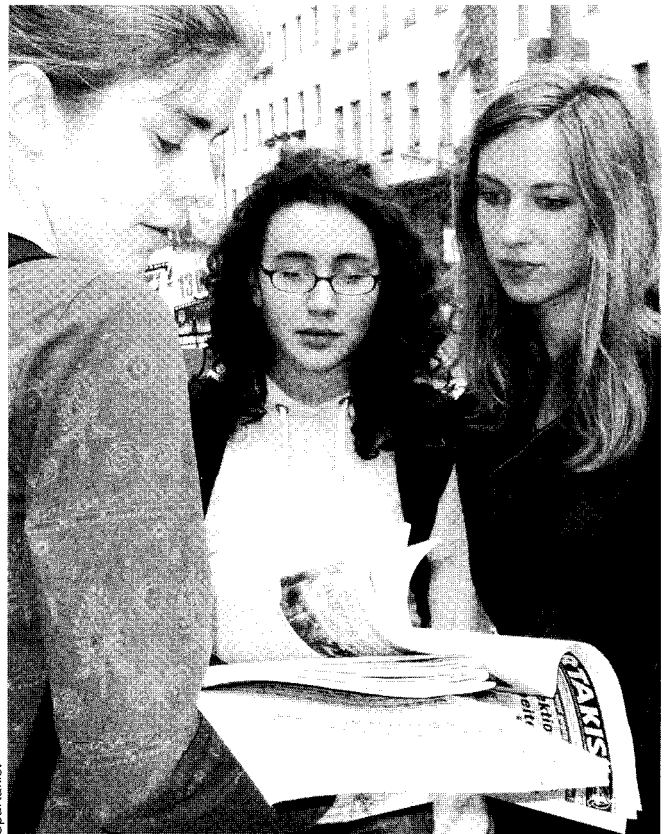
Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

168

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF



Streikverbote durch Klassenkampf zurückschlagen! Bahnarbeiter haben die Macht, die DB-Bosse in die Knie zu zwingen!



Andreas Gebert/Vario Images

Köln: Streikende GDL-Mitglieder im Juli

Am 9. August streikten die S-Bahn-Fahrer in Berlin und Hamburg, nachdem am Tag zuvor das Nürnberger Arbeitsgericht ein empörendes Streikverbot gegen die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) verhängt hatte, von dem aber der Nahverkehr nicht betroffen war. Das Gericht zog das Verbot nur zurück, nachdem die GDL zugestimmt hatte, bis Ende August nicht zu streiken! Der GDL-Gewerkschaftsführer Manfred Schell protestierte gegen das Verbot, willigte dann aber in ein faktisch erzwungenes Schlichtungsverfahren ein und demobilisierte damit die GDL-Mitgliedschaft. Auch DGB-Chef Sommer verurteilte das Streikverbot, rührte aber keinen Finger zur Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis gegen das Urteil, mit dem jeder beliebige Streik verboten werden könnte. Dies zeigt, dass die GDL-Gewerkschaftsführung – genauso wie die Führung von Transnet, GDBA und des DGB – grundlegend der Klassenzusammenarbeit und „Sozialpartnerschaft“ verpflichtet ist. Wie wir in Diskussionen mit streikenden S-Bahn-Arbeitern betonten, kämpfen wir unnachgiebig gegen alle Streikverbote und Zwangsschlichtungen, weil sie Angriffe auf das Recht der Arbeiter darstellen, sich selbst und ihren Lebensunterhalt zu verteidigen. Arbeiter, habt Acht: „Sozialpartnerschaft“ ist die Partnerschaft der Ausgebeuteten mit ihren Ausbeutern und deren Staat. Sie wird nur den Ausbeutern dienen. Dass die Bosse der Deutschen Bahn (DB) bei dem Schlichtungsverfahren einem eigenen Tarifvertrag für die Lokomotivführer zustimmten, war ein Zugeständnis an die GDL. Da die DB-Bosse weiterhin unter dem Vorwand eines „einheitlichen Tarifgefüges“ die Forderungen der GDL ablehnen, spricht diese wieder von Streiks und es sieht so aus, als ob die Schlichtung scheitern wird.

Mit der Unterstützung der Bahnarbeiter können entschlossene, vereinte Streiks der GDL einen Wiederhall in ganz Europa finden und Kämpfe wieder anfachen, die im

öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren begonnen und dann von den prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten ausverkauft wurden. Ein solcher Streik muss auch der geplanten Bahnprivatisierung eine Absage erteilen. Französische Bahnarbeiter, die die Lohn- und Rentenkürzungen 1995 und 2003 zurückschlugen, stehen diesen Herbst vor erneuten Abwehrkämpfen, diesmal gegen Sarkozy. Am 3. und 4. September führten die Londoner Nahverkehrsarbeiter der RMT einen sehr wirkungsvollen Streik gegen Metronet, ein privates Konsortium, das die Verwaltung von Teilen des Londoner U-Bahn-Netzes übernommen hatte. Die Arbeiter erzwangen u. a. die Garantie, dass keine Jobs gestrichen werden, es keine Rentenkürzungen geben wird und keine Arbeiter zu Bombardier verlagert werden. Die multiethnische Arbeiterklasse in ganz Europa hat wiederholt Kämpfe geführt, um sich gegen die zunehmend mörderischen, allseitigen Angriffe der kapitalistischen Magnaten zur Wehr zu setzen. Der Kampf der Hafnarbeiter gegen das Port Package wie auch die Proteste der Airbus-Arbeiter bewiesen die dringende Notwendigkeit, dass sich Arbeiter in ganz Europa im gemeinsamen Klassenkampf vereinen und das chauvinistische Gift zurückweisen, das ihre jeweils „eigenen“ Kapitalisten benutzen, um sie gegeneinander sowie gegen eingewanderte und ausländische Arbeiter aufzuhetzen. Unsere Genossen in Hamburg diskutierten den *Spartakist*-Artikel über die Airbus-Proteste mit streikenden S-Bahnern, der für gemeinsamen internationalen Klassenkampf gegen die Airbus-Bosse aufrief (siehe „Standort-Protektionismus spaltet die Arbeiterklasse“ in *Spartakist* Nr. 166, Frühjahr 2007).

In Berlin können viele S-Bahner aus erster Hand ihr Leben in der DDR mit dem heutigen vergleichen, wo sie zerrieben werden zwischen immer auszehrenderen Arbeitsbedingungen und drohender Arbeitslosigkeit. Dies sind die bitteren Früchte der kapitalistischen Konterrevolution 1990. Wir haben 1989/90 mit all unseren Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Wir kämpften für eine revolutionäre Wiedervereinigung durch proletarisch-politische Revolution in der DDR und sozialistische Revolution in Westdeutschland für ein Rotes Rätendeutschland. Als Gorbatschow die DDR an den westdeutschen Imperialismus ausverkaufte, fügten sich die SED-PDS-Spitzen dem Verrat und wurden zur PDS. Heute teilt die Linkspartei in Berlin Hartz IV aus und privatisiert nach Kräften mit – während sie gegenüber ihrer Basis verlogen als Gegner von Hartz IV und Privatisierungen posiert. Sie verbreitet Illusionen in bürgerliche Demokratie, während sie im kapitalistischen Berliner Senat Tarifverträge bricht, den Nahverkehrsarbeitern Lohnkürzungen reinwürgt, Abschiebungen durchführt und Polizei und Gefängnisse verwaltet.

Wir brachten auch die Kampagne für Freiheit für Mumia

Abu-Jamal zu den kämpfenden Arbeitern und machten seinen Fall den S-Bahn-Arbeitern bekannt. Zwei Streikleiter unterschrieben unsere Protesterklärung, die sofortige Freiheit für Mumia fordert. (Mehr zu Mumias Fall findet ihr auf Seite 3.) Das folgende Flugblatt, hier leicht redigiert, wurde am 9. August an die streikenden S-Bahn-Fahrer in Berlin und Hamburg verteilt.

Beeindruckende 96 Prozent der Lokführer und des Zugbegleitpersonals, die in der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) organisiert sind, haben für Streik gestimmt – eine Kampfansage gegen Mehdorn und den Rest des gierigen DB-Vorstandes. Jetzt haben die Bosse ihren Staat benutzt, um den Streik mit der Begründung zu verbieten, dass er der deutschen Wirtschaft schadet. Das ist genau der Punkt eines jeden Streiks – den Bossen bei ihren Profiten weh zu tun! Das Urteil des Nürnberger Arbeitsgerichts ist ein Angriff auf alle Gewerkschaften und auf das Streikrecht, das die Arbeiterbewegung durch Kampf errungen hat. Dieser Angriff muss durch Klassenkampf zurückgeschlagen werden. Die Gewerkschaften und die ganze Arbeiterbewegung müssen sofort in Solidarität mit der GDL mobilisiert werden. Trotz ihrer strategischen Position ist die GDL allein verwundbar wegen ihrer relativ geringen Mitgliederzahl. Dringend notwendig sind Solidaritätsaktionen durch die anderen Bahngewerkschaften und die DGB-Gewerkschaften zur Verteidigung der GDL. Das ist entgegengesetzt zum Vertrauen in den kapitalistischen Staat und seine Gerichte, die Feinde der Arbeiterbewegung sind. Der Angriff auf die GDL macht deutlich, dass der Staat keineswegs neutral ist, sondern ein Werkzeug der Bosse. Der GDL-Streik muss auf alle Bahnarbeiter ausgedehnt werden – aus grundlegender Arbeitersolidarität und im elementaren Interesse der Gewerkschaftsmacht bei der DB. Für Streikpostenketten, die niemand überquert. Die Bullen sind professionelle Streikbrecher in Uniform. Polizei raus aus den Gewerkschaften! *Sieg dem GDL-Streik!*

Die deutschen Kapitalisten hoffen, einen Vorsprung vor ihren Rivalen in Europa zu bekommen, indem sie durch die Privatisierung der DB märchenhafte Profite auspressen – alles auf dem Rücken der Arbeiter. Anstatt für klassenkämpferische Solidarität gegen diese Angriffe zu kämpfen,

hat sich die Führung der dem DGB zugehörigen Bahngewerkschaft Transnet verräterischer Weise mit den DB-Bossen gegen die GDL verbündet: Sie hat einen Minimal-Tarifvertrag durchgedrückt und sich dem bürgerlichen Aufschrei gegen einen Streik angeschlossen. Transnet-Chef Norbert Hansen appellierte an die Zugführer: „Es gibt eine friedliche Alternative zum Arbeitskampf“ (www.transnet.org, 31. Juli). Das ist ein kaum verhüllter Aufruf zum Streikbruch. Andere DGB-Führer, einschließlich Sommer, haben sich ebenfalls den Angriffen auf die GDL angeschlossen.

Hinter all dem steht das Programm der „Sozialpartnerschaft“ und „Mitbestimmung“, basierend auf der klassenkollaborationistischen Lüge, dass Arbeiter und Kapitalisten ein gemeinsames Interesse an der Profitabilität der kapitalistischen Konzerne hätten. So arbeitet „Mehdorns Pudel“ Hansen gegen den Streik, weil er die Privatisierung der Eisenbahn unterstützt, was er gegen Widerstand im DGB aufrechterhält. Gleichzeitig haben die IG-Metall-Führer und andere angebliche „linke“ DGB-Führer in den letzten Jahren einen Ausverkaufs-Abschluss nach dem anderen durchgedrückt und internationale Klassensolidarität im Interesse des „Standort Deutschland“ gebrochen, d.h. im Interesse der Profite der Bosse. Das Entstehen von Standesgewerkschaften und ein Anstieg unabhängiger Kämpfe dieser Gewerkschaften für eigene Tarifverträge in den letzten Jahren (die Piloten von Cockpit, die Ärzte vom Marburger Bund oder der aktuelle Kampf der GDL für einen separaten Spartentarifvertrag) sind zu einem großen Teil das Ergebnis dieser erbärmlichen Ausverkäufe und der Klassenzusammenarbeit der sozialdemokratischen Führungen der DGB-Gewerkschaften. Diese Spaltungen schwächen die Arbeiterklasse. Die Trennung der stärkeren Teile der Belegschaften vom Rest führt dazu, dass die schwächeren, geringer qualifizierten Teile sich schlechter gegen erhöhte Ausbeutung wehren können. Das ist ein Geschenk an die Bosse, die sich einen Teil nach dem anderen herauspicken und so auch die stärkeren Bataillone isolieren. Wir kämpfen für mächtige Industrie-Gewerkschaften als Waffen der Arbeiterklasse – das bedeutet einen politischen Kampf gegen Klassenzusammenarbeit und für eine klassenkämpferische

Fortgesetzt auf Seite 8

SPARTAKIST-VERANSTALTUNG



**90 Jahre
Russische Revolution**

**Für neue
Oktoberrevolutionen
weltweit!**

**Für eine revolutionäre
multiethnische
Arbeiterpartei!**

Berlin, 7. November, 18.30 Uhr
KATO
im U-Bhf. Schlesisches Tor (U1)

Hamburg, 10. November, 17.30 Uhr
Raum der AIDS-Hilfe e.V.
Lange Reihe 30-32 (U/S Hauptbahnhof)

Bahnarbeiter...

Fortsetzung von Seite 7

rische Gewerkschaftsführung. In den DGB-Gewerkschaften – unter den Bahnarbeitern von Transnet, den Transport- und Hafnarbeitern von ver.di usw. – Unterstützung für den GDL-Streik und für die Verteidigung der Gewerkschaft gegen Staatsrepression zu mobilisieren wäre ein wichtiger Schritt vorwärts, um diese Spaltungen zu überwinden. Die Koordinierung von Solidaritätsstreiks, Boykotts von Streikbrecher-Waren, Schutz von Streikpostenketten und andere notwendige Maßnahmen, um den Streik auszuweiten und ihn schlagkräftig zu machen – all das erfordert die Wahl von Streikkomitees, die in der Belegschaft Autorität haben, um die Spaltungen zwischen den konkurrierenden Bahn-Gewerkschaften zu überbrücken und harten Klassenkampf zu organisieren.

Die Bahnarbeiter, mit der Solidarität ihrer Gewerkschafts-Kollegen aus anderen Bereichen, haben definitiv die soziale Macht, den bürgerlichen Gerichten, den Polizei-Streikbrechern usw. einen Riegel vorzuschieben. Entscheidend ist es, diese Macht mit dem klaren Verständnis zu entfesseln, dass dieser Staat kein „neutraler“ Vermittler ist, sondern ein Werkzeug zur Verteidigung der Herrschaft und der Profite der Kapitalistenklasse. Die Arbeiterbewegung muss unabhängig vom bürgerlichen Staat organisiert werden. Das ist entgegengesetzt zu den von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung verbreiteten Illusionen, auf eine Schlichtung durch den bürgerlichen Staat zu vertrauen, oder zum Beispiel zu dem Appell des GDL-Führers Manfred Schell (ein CDU-Mitglied) an die Regierung, „ein ernstes Wort mit Herrn Mehdorn zu reden“ (*junge Welt*, 7. August). Anstelle von Vertrauen auf bürgerliche Politiker und Regierungsminister ist eine Kampagne in der Arbeiterbewegung notwendig, um die anderen Gewerkschaften dazu zu bringen, der GDL zu Hilfe zu kommen durch Proteststreiks und andere direkte Aktionen gegen Staatsrepression und Streikverbot.

Die Bahnarbeiter sollten sich die Lehren des TWU-Streiks im öffentlichen Nahverkehr von New York im Dezember 2005 ansehen. Diese mächtige Gewerkschaft, deren Mitglieder zum Großteil Schwarze, Latinos und Immigranten sind, trat in den Streik unter Missachtung des Sklavenarbeitsgesetzes namens „Taylor Law“, das Streiks im öffentlichen Dienst verbietet. Mumia Abu-Jamal, ein früherer Black Panther und Amerikas herausragender politischer Gefangener in der Todeszelle, bemerkte treffend:

„Karl Marx sagte, dass das Gesetz ‚nur der Wille einer Klasse, verwandelt in ein Gesetz für alle‘ ist.

Das Ganze ist eine Maschine; sie legalisierte die Rassentrennung ebenso wie sie die Freiheit und Würde der Schwarzen kriminalisierte. Das gleiche Gesetz verlangte, dass Schwarze den hinteren Teil des Busses einnehmen. Das gleiche Gesetz ächtet das Recht der Arbeitenden, ihre Arbeit einzustellen oder ihre Bedingungen zu verbessern sowie die ihrer Anhänger.“ („Anhaltender Krieg gegen Arbeiter: Der TWU-Streik“, 1. März 2006)

Wie Mumias Worte klar machen, haben die Gewerkschaften beim Widerstand gegen die Angriffe der Bosse und ihres Staates die besten Verbündeten in der Solidarität der Arbeiterbewegung, der Armen und all derer, die unter dem Joch der kapitalistischen Unterdrückung leiden (nicht zuletzt Mumia selber). Trotz der Kampagne der bürgerlichen Medien, die GDL-Gewerkschafter als egoistisch und eigennützig hinzustellen, ist die allgemeine Unterstützung für die GDL-Streikforderungen bemerkenswert hoch. Es gibt weit verbreitete Sympathie mit dem gerechten Kampf der GDL, die Arbeitsbedingungen zu verteidigen, besonders nach all dem, was alle Eisenbahnarbeiter in den letzten 15 Jahren haben

schlucken müssen. Seit 1990 sind Hunderttausende Arbeitsplätze von der DB gestrichen worden. Die Löhne wurden so sehr gekürzt, dass Lokführer in Deutschland am unteren Ende der Lohnskala in Westeuropa stehen. Das sind einige der bitteren Früchte der kapitalistischen Wiedervereinigung von 1990, nach der die Reichsbahn der DDR zusammen mit der übrigen Industrie im Osten zertrümmert wurde.

Die bedeutenden sozialen Errungenschaften, die in der DDR im Vergleich zum Westen und erst recht zum kapitalistischen wiedervereinigten Deutschland erzielt wurden (Vollbeschäftigung, auch für Frauen; kostenlose qualifizierte Kinderbetreuung, Ausbildung, Gesundheitsversorgung und preisgünstiger Transport; usw.), zeigten die Überlegenheit einer kollektivierten Planwirtschaft bei der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, *trotz* der Verzerrungen und der Unterminierung der Wirtschaft, die das Ergebnis der internationalen Isolierung und einer unterdrückerischen parasitären Bürokratie waren. Das war nur möglich aufgrund der Enteignung der Bourgeoisie und der Gründung eines Arbeiterstaates, der allerdings bürokratisch deformiert war, nach dem Sieg der Roten Armee über das Nazi-Regime. Wir Trotzkiten waren die einzigen, die bedingungslos für die Verteidigung dieser Errungenschaften 1989/90 kämpften, wobei wir vor der Verwüstung warnten, die eine kapitalistische Konterrevolution mit sich bringen würde, und für eine politische Arbeiterrevolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie kämpften. Der Kampf für die dringenden Interessen aller arbeitenden Menschen und der Armen ist letzten Endes ein Kampf um die Macht. Eine 30-Stunden-Woche bei 40 Stunden Lohn und eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände, um sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die unsicheren, potenziell lebensgefährlichen Überstunden zu bekämpfen, zu denen die Beschäftigten gezwungen werden. Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben. Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat. Das alles sind Forderungen, über die der Klassenkampf entscheiden wird, und der Kampf für ihre Verwirklichung muss ein Teil des Kampfes für die Befreiung der ganzen Menschheit durch die sozialistische Revolution sein.

Die reformistischen Linken, mit der Linkspartei an der Spitze, tun nicht einmal mehr so, als ob sie für eine sozialistische Zukunft eintreten; denn sie haben die bürgerliche Lüge vom „Tod des Kommunismus“ völlig akzeptiert. Ihre Maximalforderungen gehen nicht über den Erhalt des dürftigen Sozialstaats im Kapitalismus hinaus. Im Fall der Eisenbahn ist ihre einzige Perspektive ein Stopp der Privatisierung. So heißt es in der Presseerklärung des Linkspartei-MdB Werner Dreibus vom 6. August (in der er lediglich „Verständnis“ für die GDL-Streikforderungen zum Ausdruck bringt): „Der Weg zu gerechten Löhnen für alle Bahnbeschäftigten führt über den Stopp der Privatisierung.“ Zwar ist es klar, dass eine Privatisierung die Verelendung der Bahnarbeiter drastisch verschärfen würde, doch einfach nur gegen die Privatisierung zu sein ist keine Antwort auf die massiven Verschlechterungen, die von der staatseigenen DB in den letzten 17 Jahren durchgesetzt wurden. In der Praxis läuft das wirkliche Programm der Linkspartei darauf hinaus, Ministerposten in bürgerlichen Regierungen zu ergattern. Diese können ein genauso brutaler Boss sein wie ein einzelner Kapitalist. Denkt an die Arbeiter im Öffentlichen Dienst in Berlin, wo der SPD/Linkspartei-Senat 2005 z.B. Lohnkürzungen von 10–25 Prozent aus den BVG-Arbeitern herauspresste! Was wir stattdessen brauchen, ist ein Bruch mit sozialdemokratischer Klassenzusammenarbeit – ob von der SPD oder der Linkspartei –, ist die Schmiebung einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die für eine sozialistische Revolution kämpft und für eine Arbeiterregierung, die die Kapitalisten enteignet. ■

In tiefer Trauer informieren wir unsere Leser über den Tod unseres geliebten Genossen Gérard Le Méteil, Mitglied der Ligue trotskyste de France. Gérard starb am 3. September in Dieppe unter ungeklärten Umständen, nachdem er, angeblich wegen betrunkenen Zustands in der Öffentlichkeit, in Polizeigewahrsam genommen worden war. Unser tiefes Mitgefühl gilt besonders Gérards achtjährigem Sohn Nicolas und ebenso Nicolas' Mutter Valérie, der gesamten Familie Le Méteil und seinen vielen Freunden. Ein Genosse, der Gérard sehr nahe stand, schrieb im Gedenken an ihn: „Der Verlust von Gérard ist ungemein schmerzhaft für uns alle, für unsere Partei und für jeden einzelnen von uns. Es ist ein politischer Verlust, aber es ist auch ein persönlicher Verlust. Jeder schätzte Gérard auf beiden Ebenen: als einen Genossen und als einen Freund. Die Partei war sein Lebenszweck, und die Erfordernisse der Partei bestimmten immer seine persönlichen Entscheidungen. Die besten 25 Jahre seines Lebens widmete er der Partei.“

Gérard trat im April 1982 in die LTF ein und wurde im Dezember 1989 auf der Elften Nationalkonferenz der LTF ins Zentralkomitee gewählt. Gewonnen wurde er für die Ligue trotskyste, die französische Sektion der internationalen Spartacist Tendenz (die jetzt die Internationale Kommunistische Liga [Vierte Internationalisten] ist), zum Teil

durch seine Beteiligung an einer Arbeitereinheitsfront-Mobilisierung gegen die Faschisten im Dezember 1981. Die Einheitsfront war initiiert worden von der LTF in der Hafencity Rouen, einem Industriezentrum im Nordwesten Frankreichs. Vier- bis fünfhundert Demonstranten wurden mobilisiert, darunter etwa 200 Gewerkschafter und ein Block von Studenten der Ecole Normale (einer pädagogischen Hochschule), den Gérard in Zusammenarbeit mit einem Genossen der LTF organisiert hatte. Die Mobilisierung stärkte die Verankerung der LTF-Ortsgruppe in Rouen, wo Gérard lange Zeit seines Lebens arbeitete.

Entscheidende Fragen bei der Rekrutierung von Gérard, der in einem Sportverein der Kommunistischen Partei mitgewirkt hatte, waren die Bedeutung der leninistischen Avantgardepartei und die trotzkistische Position der Verteidigung der Sowjetunion. Bevor er Mitglied wurde, nahm Gérard am 2. März 1982 an einer Veranstaltung der LTF teil, die auf dem zur Universität von Paris gehörenden Campus Tolbiac stattfand. Erst wenige Monate zuvor hatte das stalinistische Regime Polens Maßnahmen gegen die reaktionäre „Gewerkschaft“ Solidarność in diesem deformierten Arbeiterstaat ergriffen. Unter der Volksfront des Sozialdemokraten Francois Mitterrand war Frankreich treibende Kraft der antisowjetischen Mobilisierung in Europa, bei der die Pseudotrotzkisten eine aktive Rolle spielten.

Wie anderswo auch gab es am Campus Tolbiac eine Polarisierung. Genossen der LTF in Rouen wurden buchstäblich angespuckt von Linken, die vorher zusammen mit uns gegen die Faschisten demonstriert hatten. Unsere Genossen am Tolbiac hatten am Telefon Drohungen erhalten, und Gérard kam aus Rouen, um bei der erfolgreichen Verteidigung unserer Veranstaltung gegen einen heulenden Mob von mehr als 30 Pseudotrotzkisten und anderen mitzumachen. Am Ende der Veranstaltung bildeten Campus-Sicherheitskräfte (*vigiles*) und autonome Jugendliche gemeinsam eine Spießrutengasse, um diejenigen anzugreifen, die die Veranstaltung verließen. Ein Genosse erinnerte sich an den wütenden Straßenkampf, der folgte: „Gérard zeigte beträchtlichen physischen Mut und landete einige wohlplatzierte Fausthiebe.“ Kurz nach dieser Erfahrung stellte Gérard den Antrag auf Mitgliedschaft in der LTF.

In den nächsten sieben Jahren wurde er als ein äußerst energischer und talentierter Aktivist am Campus von Rouen bekannt. Er konnte in der Cafeteria des Campus auf einen Tisch springen und mit einer leidenschaftlichen Rede Studenten dafür mobilisieren, gegen eine Gräueltat der Regierung oder der Univerwaltung zu protestieren. Diese Arbeit bedeutete auch täglichen politischen Kampf gegen unsere Opponenten in der Linken. Ständig

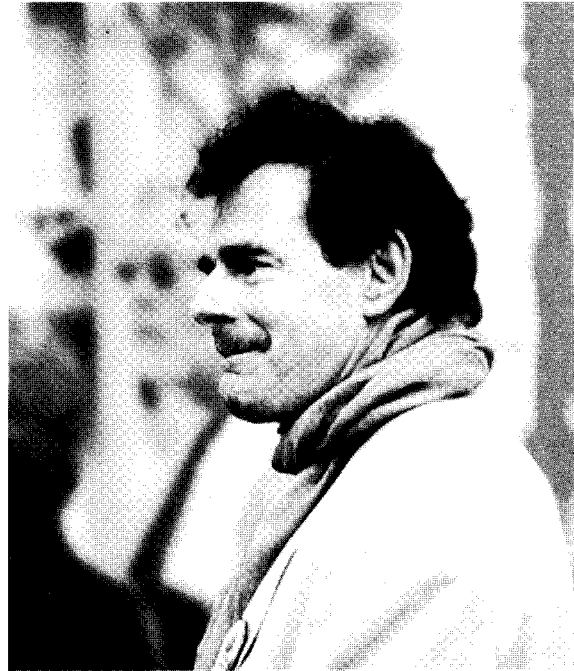
war er bestrebt, Leute zu gewinnen, versuchte zu verstehen, woher sie kommen, und fand die überzeugenden Argumente. Das trug zu der politischen Klugheit und Tiefe bei, für die er bekannt war. Später setzte Gérard diese Erfahrung bei seiner politischen Ausbildung unserer jüngeren Genossen ein, von denen mehrere in der LTF und in anderen Sektionen der IKL Kader geworden sind.

Gérard war von Beruf Lehrer und ein langjähriges Mitglied der Gewerkschaft SNUipp. Sein Tod blieb nicht unbenutzt bei Linken und Gewerkschaftern in der Region und anderswo. Postarbeiter im Sortierzentrum Créteil, Paris, organisierten bei einer Betriebsversammlung während der Nachtschicht des 5. September eine Schweigeminute.

Da Gérard fest überzeugt worden war von dem Verständnis, dass wir vor allem die Partei der Russischen Revolution sind, war es ganz typisch, dass er von der Arbeit freinahm, um sich in die Intervention der IKL in die beginnende politische Revolution in Ostdeutschland 1989/90 zu stürzen. Er verfolgte die Arbeit unserer gesamten Internationale mit größter Aufmerksamkeit und war bekannt dafür, über das französische „Hexagon“ hinauszublicken. Er war ein hervorragender militärischer Führer und verantwortlich für unser Sicherheitsteam bei der Massendemonstration gegen die G8-Imperialisten in Genua, Italien, im Juli 2001, wo

Fortgesetzt auf Seite 10

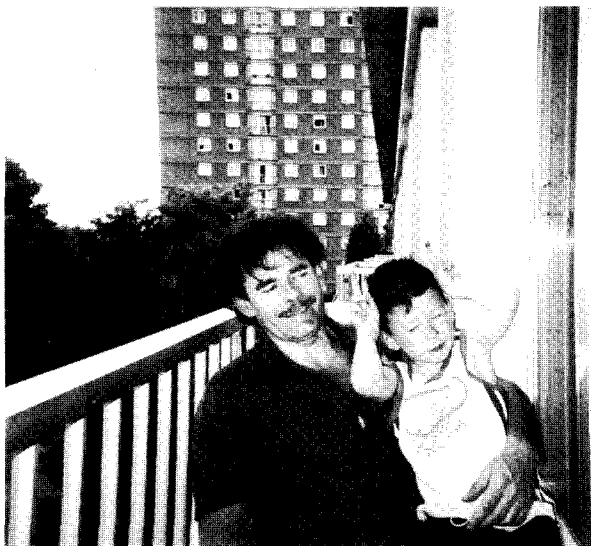
Gérard Le Méteil



Le Bolchévik



1959 – 2007



Gérard mit seinem Sohn Nicolas

Gérard Le Méteil...

Fortsetzung von Seite 9

mindestens ein jugendlicher Demonstrant durch den Bulleterror starb.

Gérards' genaue Kenntnisse der französischen Politik und der Geschichte der Arbeiterbewegung erstreckten sich auch auf die ehemaligen und heutigen französischen Kolonien. Er forschte über den französischen Generalstreik im Juni 1936, als die Stalinisten die Gelegenheit zu einer Arbeiterrevolution sabotierten, und hielt bei einer Veranstaltung darüber einen Vortrag. Ein Artikel, der auf seiner Rede basierte, wurde dieses Frühjahr in den Nummern 179 und 180 von *Le Bolchévik* veröffentlicht. Er verschlang neue Bücher, besonders über die Verbrechen des französischen Imperialismus, und er las ausgiebig über den Algerienkrieg, weil er gut verstand, dass diese Verbrechen immer noch die französische Bourgeoisie beflügeln bei ihrer rassistischen Unterdrückung nordafrikanischer Immigranten, ihrer Kinder und Enkelkinder. Häufig war es Gérard, der der Partei vorschlug, den Fall einer Immigrantenfamilie oder eines Lagers von Roma aufzugreifen, die durch einen rassistischen Angriff der Regierung oder anderer bedroht wurden.

Eine seiner Stärken war, dass er sich über Widersprüche in der Gesellschaft und in der Linken bewusst war. Seine Effek-



Valérie

tivität ergab sich aus seinem politischen Verständnis und seinem offensichtlichen Vertrauen in die Macht unseres Programms. Ein Genosse zollte ihm mit folgenden Worten Tribut: „Er war eine 100-Prozent-Person, in seiner Liebe, seinem Hass, zu 100 Prozent ein Kommunist, ein Typ, der dich inspirieren konnte. Er war ein Aktivist, ein Führer, ein großer Redner mit einer tiefen Stimme, jemand aus einem Roman von Zola, voller Leidenschaft und immer mit einem traurigen, tragischen Leuchten in seinen Augen.“

Mitte der 1990er-Jahre, nach der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa, erlitt Gérard einen persönlichen Zusammenbruch und verließ die Partei für ein paar Jahre. Seine Rückkehr in die aktive Politik folgte auf die große Streikwelle in Frankreich Ende 1995. Er hatte viele der Probleme der französischen Sektion durchdacht, und Genossen erinnerten daran, dass er wie eine frische Brise war, sprudelnd vor Enthusiasmus über die kürzlichen Klassenkämpfe und, wie immer, voller aufschlussreicher und anregender Beobachtungen über Ereignisse im Land und in der Welt. Im September 1996 wurde er wieder in das Zentralkomitee gewählt, dem er bis zu seinem Tode durchgehend angehörte.

Genossen und Freunden fällt es sehr schwer, mit dem Verlust des Genossen Gérard zurecht zu kommen. Er war erst 48 Jahre alt, seit seiner Jugend ein talentierter Sportler, der zahlreiche Marathonläufe bestritten hatte. Wir hoffen, die Umstände seines Todes aufklären zu können. Ihm zu Ehren versammelten sich Genossen, Familienangehörige und Freunde am 9. September in Paris an der Mauer der Kommunarden auf dem Friedhof Père Lachaise. Ein Brief des Internationalen Sekretariats der IKL in New York gab unserem Genossen und Freund das Ehrengelait:

„Gérard kämpfte für die Emanzipation der Arbeiter und aller Unterdrückten der Welt und für die Transformation der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus durch sozialistische Arbeiterrevolution. Damit diese befreiende Revolution erfolgreich ist, braucht sie die Führung durch eine revolutionäre politische Partei der Avantgarde der Arbeiter – die Vierte Internationale, für deren Wiederschmiedung wir von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen. Diese Erinnerung an Gérard, als einen Genossen, ist Ausdruck unserer allergrößten Zuversicht, dass der Geist der Menschheit, der nach menschlicher Solidarität strebt, unbesiegbar ist.“ ■



Fotos: Le Bolchévik

Links: Gérard als Sicherheitsverantwortlicher für das Kontingent der LTF bei einer Antikriegsdemonstration am 15. Februar 2003 in Paris. Rechts: Genossen und Freunde von Gérard singen die Internationale bei einer Gedenkveranstaltung für ihn an der Mauer der Kommunarden, 9. September

Die Russische Revolution von 1917

Von der Februarrevolution zu den Julitagen



WAAP

Von Menschewiki organisierte Demonstration in Petrograd, 18. Juni 1917. Bolschewistisches Banner (in der Mitte) trägt die Aufschrift „Lang lebe die soziale Revolution“. Das Vorherrschen bolschewistischer Losungen spiegelte wachsenden Einfluss der Partei unter Arbeitern und Soldaten wider

Wir drucken im Folgenden den zur Veröffentlichung redigierten zweiten und abschließenden Teil eines Vortrags des Genossen T. Marlow im Rahmen einer Schulungsreihe über Leo Trotzki's Die Geschichte der Russischen Revolution (1932) ab, die im

Zweiter Teil

Januar 2006 für junge Kader der Spartacist League/U.S. abgehalten wurde. Er ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 875, 1. September 2006. Der erste Teil erschien in Spartakist Nr. 167, Sommer 2007.

Während der Februarrevolution und des folgenden Monats befand sich Lenin noch immer im Exil in der Schweiz und suchte verzweifelt nach einer Möglichkeit, nach Russ-

land zu gelangen. Im Laufe des März näherte sich die Haltung der bolschewistischen Führer in Russland weitgehend der Position der Menschewiki an. Am 15. März enthielt die damals von Stalin, Kamenjew und Muranow herausgegebene *Prawda* einen Artikel, in dem es hieß:

„Nicht die Desorganisation der revolutionären und der sich revolutionierenden Armee und nicht das inhaltlose ‚Nieder mit dem Krieg!‘ ist unsere Losung. Unsere Losung ist Druck (!) auf die Provisorische Regierung mit dem Ziele, sie zu zwingen, offen vor die ganze Welt-demokratie (!) zu treten, mit dem Versuche (!), alle kriegführenden Länder zu einer sofortigen Aufnahme von Verhandlungen über die Methoden der Beendigung

Fortgesetzt auf Seite 12



P.I. Wolkow

Lenin hält eine Rede vor dem Petrograder Sowjet, April 1917

Russische Revolution...

Fortsetzung von Seite 11

des Weltkrieges aufzufordern. Bis dahin aber bleibt jeder (!) auf seinem Kampfposten (!).“ [Hervorhebungen von Trotzki] (Leo Trotzki, *Die Lehren des Oktober*, 1924)

Dieser Artikel war völlig im Geiste des „revolutionären“ Defensismus der Menschewiki und Sozialrevolutionäre (SR) – d.h. die Russische Revolution hatte die Hauptaufgabe, den Sturz der Monarchie, erreicht, und die „Revolution“ und ihr „freies Volk“ mussten sich gegen den deutschen Kaiser verteidigen. In Wirklichkeit bedeutete dies, dass es weiterhin um die Kriegsziele der russischen Bourgeoisie ging, jetzt unter dem Deckmantel der „Demokratie“ anstatt unter dem Adler der Romanows. Dieser Defensismus stand in scharfem Widerspruch zu dem von Lenin und den Bolschewiki im Ersten Weltkrieg vertretenen revolutionären Defätismus. Im Gegensatz zu den Menschewiki und den sozialdemokratischen Führern in ganz Europa, die entweder ihre eigene imperialistische herrschende Klasse offen unterstützten oder die Imperialisten um einen gerechten Frieden anflehten, bestand Lenin darauf, dass die Arbeiterklasse im interimperialistischen Krieg keine Seite hatte und dass der einzige Weg zum Frieden darin bestand, dass die Arbeiterklasse einer jeden kriegführenden Nation den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zum Sturz der kapitalistischen Herrscher verwandelte.

Wie weit die Bolschewiki sich nach der Februarrevolution auf eine Aussöhnung mit den Menschewiki hinbewegt hatten, lässt sich daran ermesen, dass sich in einigen Provinzen, wie Trotzki in seiner *Geschichte* bemerkt, Bolschewiki und Menschewiki zu Einheitsorganisationen zusammengeschlossen hatten. Tatsächlich befürworteten Parteiführer wie Stalin zu Beginn der Parteikonferenz vom April eine Fusion mit den Menschewiki. Man sollte wissen, dass seinetwegen Lenin alle Hände voll zu tun hatte.

Lenin hatte in seinen „Briefen aus der Ferne“ vom März viele wesentliche Positionen klargestellt. Er erklärte ausdrücklich, dass in der Frage des imperialistischen Krieges jegliche Annäherung an den Defensismus ein Spaltungsgrund sei. In seiner *Geschichte* zitiert Trotzki einen Brief Lenins vom März: „Unsere Partei würde sich für ewig mit Schande bedecken, politisch umbringen, wenn sie auf einen solchen Betrug einging... Ich werde sogar einen sofortigen Bruch, mit wem auch immer aus unserer Partei, vorziehen, als dem Sozialpatriotismus nachgeben...“ Auf jeden Fall hätte die Rede, die Lenin nach seiner Ankunft in Petrograd am 3. April über den sozialistischen Charakter der Rus-

sischen Revolution hielt, die Bolschewiki nicht so sehr überraschen sollen, wie sie es anscheinend tat.

Lenins Kampf zur Umbewaffnung der Partei

Am 4. April trug Lenin die brillanten Thesen vor, die jetzt als „Aprilthesen“ bekannt sind. Auf nur ein paar Seiten bekräftigte Lenin die strategischen Ziele der Bolschewiki, von denen sie abgeglitten waren, und verkündete eine völlig neue taktische Orientierung für die Partei. Dazu gehörte das Fallenlassen alter Losungen wie die der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ zugunsten eines direkten Kampfes für die proletarische Macht in Russland. Damit wies Lenin in der Praxis die falsche Formel einer Zweiklassendiktatur zurück und gelangte im Wesentlichen zum gleichen Konzept der Russischen Revolution, wie es Trotzki bereits 1905 skizziert hatte und das als die Theorie der permanenten Revolution bekannt wurde. Trotzki verstand, dass die Vollendung der demokratischen Revolution im rückständigen Russland nur als Diktatur des Proletariats, das sich auf die Bauernschaft stützt, vorstellbar war und dass die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in Russland nicht nur die demokratischen, sondern auch die sozialistischen Aufgaben auf die Tagesordnung setzen würde. Dies würde der internationalen sozialistischen Revolution, die für die Entwicklung des Sozialismus in Russland notwendig war, mächtigen Auftrieb geben. [Für weitere Hintergrundinformationen zu den Konzepten der Russischen Revolution bei den Menschewiki, den Bolschewiki und Trotzki siehe „Die Russische Revolution von 1905“, *Spartakist* Nr. 166, Frühjahr 2007.]

In seinen Aprilthesen rief Lenin auch zum Aufbau einer neuen, revolutionären Dritten Internationale auf. Die Notwendigkeit einer neuen Internationale und eines Bruchs mit den Sozialchauvinisten, einschließlich der schwankenden zentristischen Elemente um den deutschen sozialdemokratischen Führer Karl Kautsky, war seit Beginn des imperialistischen Krieges eine Forderung Lenins gewesen.

Lenin stieß auf eine nicht geringe Opposition – er musste einen **Kampf** führen, um die Partei für sich zu gewinnen, wobei er gelegentlich sogar damit drohte, dem Zentralkomitee den Rücken zu kehren und direkt an die Mitgliedschaft zu appellieren. Kurzum, damit stellte sich die Frage eines Fraktionskampfes und einer Spaltung. Es ist bemerkenswert, dass bei der Veröffentlichung der Aprilthesen am 7. April in der *Prawda* kein einziges Mitglied des Zentralkomitees Lenins Artikel mit unterzeichnen wollte. Tatsächlich schrieben die Herausgeber der *Prawda*: „Was das allgemeine Schema des Genossen Lenin betrifft, so erscheint es uns unannehmbar, insofern es von der Einschätzung der bürgerlich-demokratischen Revolution als einer abgeschlossenen ausgeht und mit der sofortigen Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische Revolution rechnet.“ Den Ernst der Lage in der Partei hat Trotzki gut auf den Punkt gebracht:

„Das Zentralorgan der Partei erklärte auf diese Weise vor dem Angesicht der Arbeiterklasse und deren Feinden offen das Auseinandergehen mit dem allgemein anerkannten Führer der Partei in der Kernfrage der Revolution, auf die die bolschewistischen Kader sich während einer langen Reihe von Jahren vorbereitet hatten. Dies allein genügt, um die ganze Tiefe der Aprilkrise der Partei richtig einzuschätzen, die aus dem Zusammenstoß zweier unversöhnlicher Linien erwachsen war. Ohne

Überwindung dieser Krise konnte die Revolution nicht weiterschreiten.“

Bürgerlich-demokratische oder sozialistische Revolution?

Die „alten Bolschewiki“, darunter Stalin, Sinowjew und Kamenjew, schienen zu glauben, dass die alte Lösung „Demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ durch eine Art Verschmelzung von der Provisorischen Regierung und den Sowjets verwirklicht worden sei – später, im Oktober 1917, sollten Sinowjew und Kamenjew, gegen den Beschluss des Zentralkomitees zum bewaffneten Aufstand, ausdrücklich verkünden: „Die Konstituierende Versammlung und die Räte – das ist jener kombinierte Typus der Staatsinstitutionen, dem wir entgegengehen“ (zitiert in *Lehren des Oktober*). Für die Russische Revolution wäre das der Tod gewesen.

Die Ereignisse in Petrograd vor der Einberufung der Gesamtrussischen Konferenz der bolschewistischen Partei am 24. April unterstrichen nachdrücklich, dass Lenins Neuorientierung der Partei richtig und überfällig war. Vielleicht als eine Ohrfeige für die Sowjets, ging Miljukow, Führer der Kadetten und damals Außenminister der Provisorischen Regierung, am 18. April mit einem Brief an die Öffentlichkeit, in dem er Russlands Engagement im imperialistischen Krieg bekräftigte. Nach dem westlichen Kalender geschah dies am 1. Mai – dem internationalen Feiertag der Arbeiter. An diesem Tag gab es in Petrograd friedliche und feierliche Demonstrationen. Bei den Massen von Petrograd rief Miljukows Brief große Empörung hervor, und den 20. April schilderte Trotzki in seiner *Geschichte*: „Die Massen gingen mit Waffen in den Händen auf die Straße. Zwischen den Bajonetten der Soldaten tauchten Plakate auf: ‚Nieder mit Miljukow!‘“. Trotzki fährt fort: „Die von den bewaffneten Soldaten und Matrosen auf die Straßen getragene Losung ‚Nieder mit der Provisorischen Regierung‘ mußte unvermeidlich in die Demonstration eine Strömung des bewaffneten Aufstandes hineinbringen.“

Das hatte wenig zu tun mit der geradezu festlichen Demonstration nur einen Monat zuvor, als 800 000 zur Beerdigung der Märtyrer der Februarrevolution strömten. Die Demonstration vom 20. April sollte nicht das letzte Mal sein, dass die Massen von Petrograd mit der Waffe in der Hand auf die Straße gingen in der offensichtlichen Absicht, die Staatsmacht zu erobern, doch ohne die Führung, die den Kampf zum Sieg führen kann. Diese Führung sollte erst im

Oktober zur Stelle sein.

So trat die bolschewistische Konferenz zusammen, als gleichzeitig die Petrograder Arbeiter revolutionäre Ernsthaftigkeit demonstrierten – und das spürten die bolschewistischen Arbeiter in den Fabriken und in den Sowjets der unteren Ebene deutlich. Lenin war vor allem ein scharfsinniger Politiker! Trotzki erzählt in seinen *Lehren des Oktober*:

„Diese Fragestellung ist höchst bezeichnend. Lenin hat nach dem Auskundschaftungsversuch die Parole des sofortigen Sturzes der Provisorischen Regierung zurückgezogen, er zog sie aber nur für Wochen oder Monate zurück, je nachdem, mit welcher Geschwindigkeit die Empörung der Massen gegen die Opportunisten zunehmen würde. Die Opposition hielt jedoch die Parole selbst für einen Fehler.“

In dem zeitweiligen Rückzug Lenins war nicht der leiseste Hinweis auf eine Änderung der Linie vorhanden. Er ging nicht davon aus, daß die demokratische Revolution noch nicht zu Ende war, sondern ausschließlich davon, daß die Masse heute noch nicht fähig ist, die Provisorische Regierung zu stürzen, und daß man daher alles tun müsse, damit die Arbeiterklasse fähig wird, die Provisorische Regierung morgen zu stürzen.

Die ganze Aprilkonferenz der Partei war dieser Grundfrage gewidmet. Gehen wir zur Eroberung der Macht im Namen des sozialistischen Umsturzes oder helfen wir (irgendjemandem), die demokratische Revolution zu vollenden? Leider ist der Bericht dieser Aprilkonferenz bis heute noch nicht veröffentlicht, obwohl es in der Geschichte unserer Partei kaum einen Parteitag gab, der für das Schicksal der Revolution von einer so einzigartigen und unmittelbaren Bedeutung gewesen wäre, wie diese Aprilkonferenz des Jahres 1917.

Der Standpunkt Lenins war: Unversöhnlicher Kampf gegen die Vaterlandsverteidigung und ihre Anhänger, Eroberung der Mehrheit in den Sowjets, Sturz der Provisorischen Regierung, Eroberung der Macht durch die Sowjets, revolutionäre Friedenspolitik, ein Programm des sozialistischen Umsturzes innerhalb und der internationalen Revolution außerhalb des Landes.“

Die erste Koalitionsregierung und der Junikongress der Sowjets

Vor dem April – und mit der Ausnahme von Kerenski, der im März der Provisorischen Regierung als Justizminister

Fortgesetzt auf Seite 14



Bachmetjeff-Archiv

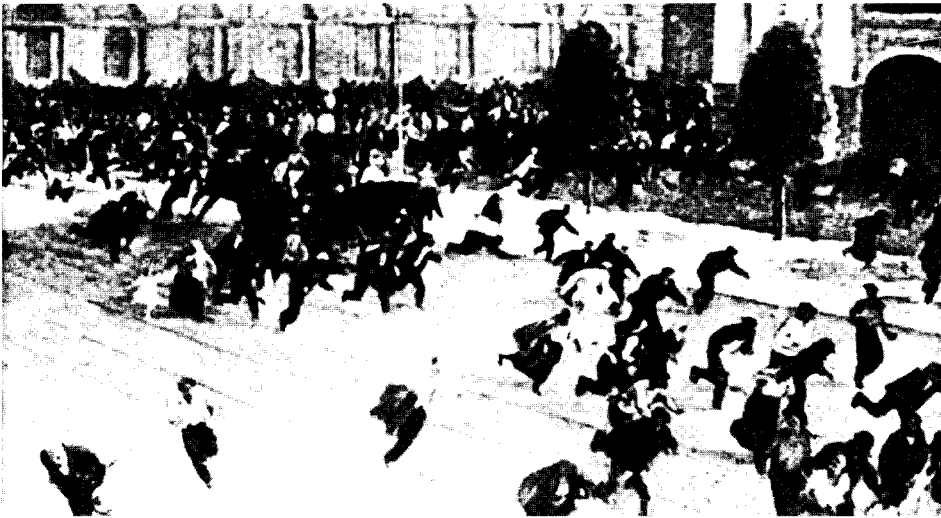
Oben: Kerenski versucht Moral der Fronttruppen zu heben, 1917. Rechts: Regierungstruppen besetzen Zentrale der Bolschewiki in der Villa Kschessinskaja, die der Partei nach den Julitagen entrissen worden war





Politisdad

Oben: Soldaten und Arbeiter demonstrieren in Petrograd unter Bannern mit der Aufschrift „Nieder mit den 10 Minister-Kapitalisten“ und „Alle Macht den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten!“ Unten: Soldaten schießen während der Julitage auf Demonstranten



Nowosti

Russische Revolution...

Fortsetzung von Seite 13

beigetreten war – hatte die Versöhnlerführung (SR und Menschewiki) der Sowjets versucht, die Macht der Sowjets preiszugeben, ohne offen in die bürgerliche Regierung einzutreten. Anfang Mai wurde die erste Koalitionsregierung gebildet. Kerenski (der sich den SR nach der Februarrevolution angeschlossen hatte) wurde Kriegsminister. Menschewiki und Sozialrevolutionäre übernahmen ebenfalls Ministerposten in der Provisorischen Regierung. Das war ein politischer Verrat an der Massenbasis der Sowjets, doch er ergab sich wie von selbst aus der ganzen politischen Grundlage der Versöhnler. So schreibt Trotzki in *Lehren des Oktober*:

„Tatsächlich hatten die menschewistischen Grünschnäbel lange Jahre hindurch stets davon geplappert, daß die künftige Revolution eine bürgerliche sein werde, daß die Regierung der bürgerlichen Revolution nur bürgerliche Aufgaben werde erfüllen können, daß die Sozialdemokratie die Aufgaben der bürgerlichen Demokratie nicht übernehmen können und gezwungen sein werde, ‚die Bourgeoisie nach links zu drängen‘ und selbst in Opposition zu verbleiben. Mit einem besonders ermüdenden Tiefsinn hat Martynow dieses Thema entwickelt. Bei Ausbruch der bürgerlichen Revolution des Jahres 1917 befanden sich die Menschewiki sehr bald in der Regierung. Von ihrem ganzen ‚prinzipiellen‘ Standpunkt blieb

nur jene politische Schlußfolgerung übrig, daß das Proletariat sich nicht an die Macht heranwagen darf.“

Am 1. Mai stimmte die Führung des Petrograder Sowjets dafür, der Koalitionsregierung beizutreten. Als Geste an die Massen wurde Miljukow am nächsten Tag gezwungen, als Außenminister zurückzutreten. (In seiner *Geschichte* erwähnt Trotzki den Vorschlag eines SR-Führers zur Entschärfung der durch Miljukows Brief ausgelösten Krise: „Tschernow fand einen genialen Ausweg, indem er Miljukow vorschlug, in das Ministerium für Volksbildung überzugehen. Als Objekt der Geographie war Konstantinopel jedenfalls ungefährlicher denn als Objekt der Diplomatie.“) Miljukows Rücktritt war nur ein Beschwichtigungsmittel für die Massen, da die Regierung weiterhin die Politik der Bourgeoisie betrieb, vor allem was den Krieg betrifft.

Am 3. Juni begann die erste Allrussische Konferenz der Sowjets. Um eine Vorstellung von den Massen zu geben, die von den Sowjets repräsentiert wurden, schreibt Trotzki in seiner *Geschichte*: „Beschließende Stimme hatten Sowjets, die mindestens 25 000 Menschen vertraten. Sowjets, die 10 000–25 000 vereinigten, hatten beratende Stimme.“ Doch nicht die Fabriken und Kasernen hatten die Kontrolle, sondern vielmehr die Versöhnler, die im Mai in die erste Koalitionsregierung eintraten. Eine der „Errungenschaften“ dieses Kongresses bestand darin, einer neuen Offensive gegen die deutschen Streitkräfte formal zuzustimmen. Dieser unselige Plan, den Kerenski erstellt hatte, war in Wirklichkeit eine Abschlagzahlung der russischen Bourgeoisie an die Entente für die massiven Kredite Britanniens und Frankreichs. Es ist zweifelhaft, ob irgendein Mitglied der russischen Bourgeoisie an einen Erfolg dieser militärischen Offensive glaubte. Wie Trotzki in seiner *Geschichte* ausführte:

„Der amerikanische Journalist John Reed, der zu sehen und zu hören verstand und der ein unsterbliches Chronikbuch über die Tage der Oktoberrevolution hinterlassen hat, sagt geradeheraus, daß ein großer Teil der besitzenden Klassen in Rußland den Sieg der Deutschen einem Triumph der Revolution vorzog und sich nicht genierte, dies offen auszusprechen. ‚Ich hatte einmal Gelegenheit‘, erzählt Reed unter anderen Beispielen, ‚einen Abend im Hause eines Moskauer Kaufmanns zu verbringen; beim Teetisch saßen elf Menschen. Der Gesellschaft wurde die Frage gestellt, wen sie vorzögen, Wilhelm oder die Bolschewiki? Zehn von elf entschieden sich für Wilhelm.“

Das wäre nicht das erste Mal in der Geschichte gewesen, dass die Bourgeoisie defätistisch wurde – siehe die Pariser Kommune. Im Gefolge der französischen Niederlage im französisch-preußischen Krieg ergriffen die Arbeiter in Paris die Macht, um die Stadt zu verteidigen. Thiers und all die großen französischen Patrioten wandten sich daraufhin mit der Bitte einzugreifen an Bismarck, ihren Feind von gestern.

Mit Unterstützung der Preußen ließ man die bürgerliche französische Armee Paris zuerst beschießen und dann einnehmen. Bei der anschließenden Repression wurden Zehntausende von Kommunisten und Arbeitern entweder an Ort und Stelle hingerichtet oder eingekerkert. Und man beachte, dass 1917 die Zerschlagung der Kommune von 1871 gar nicht so lange her war – weniger als die Zeitspanne, die uns heute vom Ende des Zweiten Weltkriegs trennt.

Eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses

Im Juni gaben die Bolschewiki einen Aufruf zu einer Demonstration heraus, während der Sowjetkongress tagte. Der sollte kein Aufruf zum Aufstand sein, obgleich den Anstoß dazu die militärische Organisation der Bolschewiki gab. Egal, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre hielten ihn dafür, weil sie wussten, dass sich die Petrograder Massen den Bolschewiki annäherten. Sie benutzten ihre Position an der Spitze des Zentral-Exekutivkomitees des Sowjets, um eine Resolution zu verabschieden, die für drei Tage jegliche Demonstrationen verbot. Der Sowjetkongress schickte Delegierte in die Arbeiterviertel – in den Worten von Trotzki: „Man ließ den Berg nicht zu den Propheten kommen, also mußten die Propheten zum Berge gehen.“

Weil sie keinen direkten Angriff auf den Sowjet wünschten, gaben die Bolschewiki nach. Doch wie Trotzki bemerkt, begegnete man den Emissären der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit Verachtung und Feindseligkeit. Ein Beispiel aus der *Geschichte*: „Die Arbeiter des Putilow-Werkes erklärten sich erst dann bereit, den Aufruf des Kongresses gegen die Demonstration anzuschlagen, nachdem sie sich aus der ‚Prawda‘ überzeugt haben würden, daß er dem Beschluß der Bolschewiki nicht widersprach.“ Diese Reaktion war noch vergleichsweise gemäßigt. Anderswo wurde die Entscheidung der Bolschewiki nicht so ohne weiteres akzeptiert:

„Die Massen unterwarfen sich dem Beschluß der Bolschewiki. Doch vollzog sich die Unterwerfung keinesfalls ohne Proteste und sogar Empörung. In einigen Betrieben wurden Resolutionen angenommen, die dem Zentralkomitee eine Mißbilligung aussprachen. Die hitzigsten Parteimitglieder in den Bezirken zerrissen ihre Mitgliedskarten. Das war eine ernste Warnung.“

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre wollten Blut sehen – Vorzeichen einer Entwicklung, die nur ein paar Wochen später eintreten sollte. Am 10. Juni erklärte die Zeitung der Menschewiki: „Es ist Zeit, die Leninisten als Abtrünnige und Verräter der Revolution zu brandmarken“ (zitiert in Trotzki's *Geschichte*). Am nächsten Tag forderte der Führer der Menschewiki Zeretelli, die Bolschewiki zu entwaffnen. Was er in Wirklichkeit meinte, war die Entwaffnung der Arbeiter. Trotzki brachte es auf den Punkt: „Mit anderen Worten, es rückte jener klassische Moment der Revolution heran, wo die bürgerliche Demokratie auf Geheiß der Reaktion die Arbeiter entwaffnen möchte, die den Sieg der Umwälzung gesichert hatten.“ Später stellt Trotzki fest: „Die Versöhnlerpolitik zum glücklichen Ende, das heißt zur Errichtung der parlamentarischen Herrschaft der Bourgeoisie zu führen, war nicht anders möglich als durch Entwaffnung der Arbeiter und Soldaten.“

Die Menschewiki entschlossen sich zu einem öffentlichen Kräftenessen bei einer Demonstration am 18. Juni. Die Demonstration sollte eine Wiederholung der friedlichen Prozession zu Ehren der Märtyrer des Februar sein. Damals waren etwa 800000 gekommen. Diesmal demonstrierten halb so viele, doch die kamen überwiegend aus den Fabriken und Kasernen. In seiner *Geschichte* schildert Trotzki den Aufmarsch:

„Die ersten bolschewistischen Parolen wurden halb ironisch aufgenommen. Hatte doch Zeretelli am Vorabend seine Herausforderung so zuversichtlich hingeworfen. Doch die gleichen Parolen wiederholten sich fortwährend. ‚Nieder mit den zehn Minister-Kapitalisten‘, ‚Nieder mit der Offensive‘, ‚Alle Macht den Sowjets‘, das ironische Lächeln erstarrte auf den Gesichtern, um später völlig zu verschwinden. Die bolschewistischen Banner nahmen kein Ende. Die Delegierten gaben das undankbare Zählen auf. Der Sieg der Bolschewiki war zu offensichtlich...“

Ein Betrieb trug das Plakat: ‚Das Recht auf Leben steht über dem Recht auf Privatbesitz.‘ Diese Losung war von keiner Partei diktiert worden.“

Trotzki fährt fort: „Die Demonstration vom 18. Juni übte einen gewaltigen Eindruck auf ihre Teilnehmer aus. Die Massen erkannten, daß der Bolschewismus eine Macht geworden war, und die Schwankenden fühlten sich von ihm angezogen.“ Der Gegensatz zwischen der zunehmenden Stärke der Bolschewiki und der schwindenden Autorität der Menschewiki/SR-Führung des Sowjets sollte kennzeichnend sein für die gesamte Periode vor der Oktoberrevolution.

Die Julitage

Interessanterweise hatten die Bolschewiki in dem Zeitraum von Februar bis Juni eine so gut wie ununterbrochene Zunahme ihres Einflusses in der Arbeiterklasse und ebenso bei der Petrograder Garnison zu verzeichnen. Revolutionen verlaufen selten mit einem derart nahtlosen Übergang, und Russland 1917 war keine Ausnahme. Die Kräfte der Konterrevolution waren überhaupt noch nicht erledigt, und die herrschende Klasse wollte Rache für die Demütigung bei der Juni-Demonstration.

Die Demonstration vom 18. Juni zeigte deutlich, dass die Bolschewiki bei der Basis in den Fabriken und bei einigen

Fortgesetzt auf Seite 16



Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Freitag, 26. Oktober

**Bürgerlicher Staat terrorisiert Linke, Immigranten, Arbeiter:
Für Klassenkampf gegen Repression!
Rassistischer „Krieg gegen Terror“ ermutigt Nazibanden**

Freitag, 23. November

**Oaxaca, Tortilla-Krise, Kampf für Frauenrechte:
Aufruhr in Mexiko und die Perspektive der
permanenten Revolution**

18.30 Uhr, Bar *Aufsturz*, Klubraum, Oranienburger Straße 67,
S-Bhf. Oranienburger Straße
Lesematerial und Kontakt: (030) 4 43 94 00, spartakist@online.de

Russische Revolution...

Fortsetzung von Seite 15

der Garnisonen von Petrograd inzwischen die Mehrheit oder nahezu die Mehrheit hatten. Es war keineswegs ausgemacht, dass dies auch auf die Provinzen oder auf die Front zutraf. Die Auswirkungen der von Kerenski am 16. Juni angeordneten Offensive – eines ganz und gar vorhersehbaren Debakels – mussten erst noch in ihrem ganzen Ausmaß bekannt werden. Doch in Petrograd hatten die Massen den Siedepunkt erreicht. Alles war im Zusammenbruch begriffen, auch das Transportwesen und die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Brennstoff. Die Februarrevolution war durch das Verlangen der Massen ausgelöst worden, sowohl die Romanow-Dynastie loszuwerden als auch den Krieg zu beenden – doch einige Monate später wütete der mörderische Krieg immer noch.

Die Ereignisse vom 3. bis 5. Juli waren nicht weit von einem Aufstand entfernt. Soldaten, die regimentweise mitmarschierten, widersetzten sich den Versuchen bolschewistischer Redner, die Demonstration vom 3. Juli in Grenzen zu halten, und riefen „Nieder! Nieder!“ Wie Trotzki in seiner *Geschichte* ausführte: „Solche Rufe hatte der bolschewistische Balkon von den Soldaten noch nicht vernommen, und das war ein bedrohliches Anzeichen. Hinter dem Rücken der Regimenter tauchten die Betriebe auf: ‚Alle Macht den Sowjets!‘, ‚Nieder mit den zehn Minister-Kapitalisten!‘ Das waren die Banner des 18. Juni. Aber jetzt waren sie von Bajonetten umgeben.“ Die Bolschewiki hatten versucht, die Massen zurückzuhalten, waren dazu jedoch nicht imstande. Trotzki bemerkte: „Das Komitee ist immer häufiger gezwungen, Agitatoren zu Truppenteilen und Betrieben auszusenden, um von vorzeitigen Aktionen zurückzuhalten. Verlegen die Köpfe schüttelnd, beklagen sich die Wyborger Bolschewiki im eigenen Kreise: ‚Wir müssen Feuerwehr spielen.‘“

Die aufständische Stimmung der Arbeiter und Soldaten wurde von Trotzki in seiner Schilderung ihrer militärischen Vorbereitungen festgehalten: „Am Morgen des 3. Juli wählten einige tausend Maschinengewehrschützen, nachdem sie die Versammlung der Kompanie- und Regimentskomitees ihres Regiments gesprengt hatten, einen eigenen Vorsitzenden und verlangten sofortige Beratung der Frage über ein bewaffnetes Auftreten.“ Trotzki fährt fort:

„Im Kasernenhof ging eine nicht minder heiße Arbeit. Waffenlose Soldaten versorgte man mit Gewehren, manche mit Bomben, auf jedes Lastauto, das von den Betrieben geliefert wurde, stellte man drei Maschinengewehre mit Bedienung. Das Regiment sollte auf der Straße in Kampfordnung erscheinen...“

Der längste Kampf ging um das Putilowwerk. Gegen 2 Uhr mittags verbreitete sich in den Abteilungen die Nachricht, eine Delegation des Maschinengewehrkommandos sei erschienen und rufe zu einem Meeting. Etwa zehntausend Arbeiter versammelten sich vor dem Kontor. Unter Beifallsrufen berichteten die Maschinengewehrschützen, sie hätten den Befehl erhalten, am 4. Juli zur Front zu gehen, seien aber entschlossen, nicht an die deutsche Front zu fahren gegen das deutsche Proletariat, sondern gegen die eigenen Minister-Kapitalisten.“

Raskolnikow, ein Unterleutnant zur See und Bolschewik, telefonierte verzweifelt mit dem Parteihauptquartier um Rat, da die Kronstädter Matrosen entschlossen waren, mit der Waffe in der Hand auf die Straße zu gehen. Nach anfänglichem Widerstand gegen die Demonstration gab die bolschewistische Führung nach. Anstatt die Massen führerlos zu lassen, zogen die Bolschewiki lieber mit den Demonstranten in den Kampf, um bei einem geordneten Rückzug die Führung zu stellen.

Die Julitage verkörpern die letzten Nachwehen der Februarrevolution und einen Vorgeschmack des Oktobers. Alle gegensätzlichen Klassen waren in Alarmbereitschaft, und die Konterrevolution schreckte vor einem Kampf nicht zurück. Während sich bei den Demonstrationen vom 3. und 4. Juli die Macht der bewaffneten Arbeiter und Soldaten zeigte, machten diese keinen Versuch zur Ergreifung der Staatsmacht. Die Versöhnlerführung der Sowjets wettete gegen die Massen, die sich für „Alle Macht den Sowjets!“ ausgesprochen hatten. Trotzki schreibt:

„Die Versöhnler warteten auf zuverlässige Regimenter. ‚In den Straßen ist revolutionäres Volk‘, sprach [der Menschewik] Dan, ‚aber dieses Volk verrichtet eine konterrevolutionäre Sache...‘ Dan wird unterstützt von Abramowitsch, einem der Führer des jüdischen Bundes, einem konservativen Pedanten, dessen sämtliche Instinkte durch die Revolution verletzt sind.“

Zu den „zuverlässigen“ Truppenteilen, auf die die Regierung und die Sowjetführer zählten, gehörten die Kosaken; im August sollte Kerenski an den Kosakengeneral Kornilow appellieren, ein Kavalleriekorps nach Petrograd zu entsenden.

Die Welle des Beinahe-Aufstands brach zusammen, in manchen Fällen kam es zu Zusammenstößen mit Regierungstruppen. Die revolutionäre Welle machte schnell einer konterrevolutionären Kampagne Platz, die Bolschewiki in den Untergrund zu treiben. Trotzki wurde verhaftet; Lenin versteckte sich. Lenin verstand, wie wichtig es war, die zentralen bolschewistischen Kader zu erhalten. Seit 1914 wusste Lenin, dass die Sozialdemokraten, die „ihre“ jeweilige Bourgeoisie im Krieg unterstützten, Agenten des *Klassenfeindes* waren und nicht irgeleitete Genossen. Dieses weitsichtige Verständnis wurde im Oktober 1917 in Russland positiv bestätigt und tragischerweise während des von den deutschen Sozialdemokraten entfachten konterrevolutionären Terrors nach dem Spartakusaufstand in Berlin im Januar 1919 durch die Morde an Liebknecht und Luxemburg negativ bestätigt.

Die Julitage warfen ein grelles Schlaglicht auf die Instabilität der Doppelherrschaft, die aus der Februarrevolution hervorgegangen war. Entweder würde die Bourgeoisie mit Hilfe ihrer unterwürfigen menschestischen und sozialrevolutionären Agenten die Sowjets zugunsten irgendeines bürgerlichen Parlamentes – in Wirklichkeit ein Befehlsempfänger einer Militärdiktatur – auflösen oder die Arbeiter würden die Staatsmacht erobern. Letzteres könnte über die Sowjets geschehen oder vielleicht auch über die Fabrikkomitees der organisierten Arbeiter – Lenin blieb offen für die Organisationsform, zumal die Sowjets unter der Führung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre eher ein Hindernis als eine Unterstützung für die proletarische Revolution darstellten.

Die auf die Julitage folgende Repression gegen die Bolschewiki war kurzlebig. Die Partei erholte sich, und die Arbeiter und Soldaten scharten sich wieder um ihre Banner und ihre Führung. Dies sollte sich ganz deutlich zeigen, als die Bourgeoisie im August all ihre Hoffnung auf den Kosakengeneral Kornilow setzte. Dabei hatte sie sich verspekuliert. Kornilows Putsch scheiterte, und es war eine Partei notwendig, die entschlossen war, ihr revolutionäres Programm in die Tat umzusetzen, um sowohl Kornilow zurückzuschlagen als auch dem Bauernaufstand im Sommer eine proletarische Führung zu geben. Auch das bedeutete einen innerparteilichen Kampf. Die großen Ereignisse vom Herbst 1917 kennen wir unter dem Namen *Oktoberevolution*, nicht Oktober-Evolution. Der Unterschied ist qualitativ und zeigt die Kluft zwischen dem Reformismus jeder Couleur und dem Bolschewismus, d. h. dem revolutionären Marxismus.■

Staatsterror...

Fortsetzung von Seite 1

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), eine mit der SpAD verbundene klassenkämpferische

Verteidigungsorganisation, schrieb in einer Protesterklärung vom 21. August an die Bundesanwaltschaft:

„Aus seinen wissenschaftlichen Arbeiten und linken Aktivitäten wird eine intellektuelle Führungsrolle in der angeblichen ‚terroristischen Vereinigung‘ namens ‚militante grupe (mg)‘ konstruiert. Eine solche Inhaftierung, auf akademische Schriften und Verbindungen gegründet, ist eine durchsichtige Konstruktion und soll Akademiker und Sozialwissenschaftler in Furcht versetzen, Fragen sozialen Protests auch nur zu untersuchen... Weil er promovierter Politologe ist, wird Dr. Matthias B. vorgeworfen, intellektuell in der Lage zu sein, ‚die anspruchsvollen Texte der ‚militanten grupe‘ zu verfassen‘. Außerdem stünden ihm ‚als Mitarbeiter eines Forschungsinstituts Bibliotheken zur Verfügung, die er unauffällig nutzen kann, um die zur Erstellung der Texte der ‚militanten grupe‘ erforderlichen Recherchen durchzuführen‘. Diese Anschuldigung ist eine Bedrohung aller, deren Leseaktivitäten nicht schon durch das Internet oder andere Quellen staatlicher Überwachung verfolgt werden können.“

Was kommt als nächstes? Bücherverbrennungen? Dies ist eine Bedrohung für die gesamte Linke und jeden, den Merkel, Schäuble, Steinmeier und Co. als Kritiker ansehen! Wir sagen: *Sofortige Freiheit für Axel H., Florian L. und Oliver R.! Alle Beschuldigungen gegen alle sieben müssen fallengelassen werden! Weg mit den Gesinnungsparagrafen 129/a/b!*

Auch in Frankreich werden linke Gruppen verfolgt, dort hat die Firma SMP Technologies, die Taser-Pistolen an die französische Polizei liefert, eine Verleumdungsklage gegen Olivier Besancenot, Sprecher der pseudotrotzkistischen Ligue communiste révolutionnaire (LCR) und die Gruppe RAID-H (Netzwerk für Wachsamkeit und Eintreten für Menschenrechte) eingereicht. Als der neu gewählte rechte Präsident Nicolas Sarkozy noch Innenminister war, stattete er 3000 Polizisten mit Elektroschockwaffen des Modells Taser X26 von SMP aus. Gestützt auf einen Amnesty-International-Bericht vom 28. März 2006 erklärte Besancenot, dass diese Waffen indirekt den Tod von dutzenden Menschen in den USA verursacht haben. Im Rahmen der Klage drohen ihm nun 50000 Euro Strafe als Schadensersatz. In einem Brief an die französischen Gerichte vom 27. August fordert das französische Comité de défense sociale (CDDS, eine Schwesterorganisation des KfsV): „Weg mit den Anklagen gegen Olivier Besancenot und die RAID-H!“ Gauche révolutionnaire, französische Schwesterorganisation der Sozialistischen Alternative (SAV), berichtet in ihrer Zeitung *l'Egalité* (Juli/August), dass zwei ihrer Mitglieder drei Stunden lang inhaftiert wurden, nachdem zehn Polizisten über sie hergefallen waren, während sie ihre Zeitung in der Stadt Creil verkauften. Die „Straftat“ laut dem offiziellen Polizeibericht: „Unerlaubter Straßenverkauf von militantem Material, das sich gegen das Staatsoberhaupt richtet“!

Diese Angriffe gegen die Linke finden im Kontext verschärften rassistischen Staatsterrors statt, den die Bourgeoisie seit dem 11. September vor allem gegen Minderheiten mit muslimischem Hintergrund im Rahmen ihres „Kriegs gegen den Terror“ ausübt. Es ist entscheidend, dass die



Le Bolchévik

Frankreich: Proteste stoppen CPE-Gesetz im Frühjahr 2006

machtvolle, multiethnische Arbeiterklasse gegen diese Angriffe mobilisiert. Der gleiche Staat, der heute die leichter angreifbaren Teile der Bevölkerung wie Immigranten und Linke attackiert, wird aufgerüstet, um Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu unterdrücken. Und das zeigte sich, als das Nürnberger Arbeitsgericht am 8. August den Eisenbahnerstreik der GDL in ganz Deutschland illegalisierte – ein massiver staatlicher Angriff auf das Streikrecht dieser strategischen Arbeiterschaft. Das Verbot wurde dann später formal zurückgezogen – als Reaktion auf die weit verbreitete Empörung –, aber nur unter der Bedingung, dass sich die Gewerkschaft verpflichtete, bis zum 27. August nicht zu streiken! Das ist ein Frontalangriff auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Er kann und muss durch Klassenkampf zurückgeschlagen werden! (Siehe Artikel und Flugblatt auf Seite 6.) Auch in Frankreich hat die rechte Sarkozy-Regierung Gesetze verabschiedet, die das Streikrecht von Bahnarbeitern einschränken. Der bürgerliche Staat ist der Feind der Arbeiterklasse, eine organisierte Gewalt zum Schutz der Kapitalistenklasse. Die Verteidigung von allen Unterdrückten gegen staatliche Repression ist von elementarer Bedeutung für die Arbeiterklasse, nicht nur um sich selbst zu verteidigen, sondern auch um das revolutionäre Bewusstsein zu erlangen, das notwendig ist, um den Kapitalismus in einer sozialistischen Revolution zu stürzen.

Die jetzigen Angriffe sind ein Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung des bürokratisch degenerierten Arbeiterstaats UdSSR sowie der DDR und anderer deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa. Nach dieser historischen Niederlage für die Arbeiterklasse halten die Bourgeoisien in Westeuropa jetzt die Errungenschaften des „Sozialstaats“ für politisch überflüssig und für ein teures Hindernis beim Konkurrenzkampf sowohl untereinander als auch gegen

Fortgesetzt auf Seite 18

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org

Staatsterror...

Fortsetzung von Seite 17

ihre imperialistischen Rivalen USA und Japan. Deshalb greifen die europäischen Kapitalisten und ihre Regierungen – ob konservativ oder sozialdemokratisch – die Gesundheitsversorgung, die Renten und andere Errungenschaften an, beim Versuch, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen. Da die Sowjetunion als militärisches Gegengewicht nicht mehr existiert, haben sich die interimperialistischen Rivalitäten verschärft. Die Imperialisten sehen jetzt ihren Weg frei, über koloniale Länder, die „aus der Reihe tanzen“, einfach hinwegzutrampele; und diese imperialistischen Abenteuer in anderen Ländern gehen einher mit verstärkter Unterdrückung und Ausbeutung im eigenen Land. Der Versuch, soziale Errungenschaften wieder zunichte zu machen, traf auf den Widerstand von Arbeitern und Jugendlichen in ganz Europa – zum Beispiel bei der Protestbewegung gegen das CPE (Ersteinstellungsgesetz) der französischen Herrscher im Frühjahr 2006. Die kapitalistischen Herrscher wappnen sich für härteren Klassenkampf, und der Ausbau ihrer Staatsmacht für Streikbruch, für die Verfolgung von Aktivisten aus der Arbeiterbewegung usw. ist zentraler Bestandteil davon.

Gegen die jüngsten Ausbrüche der Repression gab es bedeutende Proteste, ein Ausdruck weit verbreiteter Empörung, weil viele das als bedrohliche Entwicklung sehen. Mehr als 3000 Menschen, darunter prominente Akademiker aus der ganzen Welt, unterzeichneten eine an die Generalbundesanwältin gerichtete Petition, in der die Beendigung der Ermittlungen gegen Andrej Holm auf Basis des Paragraphen 129a gefordert wird. Liberale Zeitungen wie *The Nation* in den USA oder der britische *Guardian* prangerten die Repression gegen die Linke an und zitierten US-Wissenschaftler, die dies als „Guantanamo in Deutschland“ bezeichneten. Um die allseitigen Angriffe jedoch erfolgreich zurückzuschlagen, ist mehr nötig als nur liberale Empörung. Die Arbeiterklasse hat die soziale Macht und ein direktes Interesse, die verschärfte Repression und die Gleichsetzung von politischer Opposition mit Terrorismus zu bekämpfen, sie muss zum Protest gegen diese Angriffe mobilisiert werden: *Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!* Um die Rechte von uns allen zu verteidigen, ist Klassenkampf nötig, unabhängig von und gegen die Bourgeoisie und ihren Staat. Das politische Haupthindernis dazu sind die Liberalen und sozialdemokratische Reformisten, die den Arbeitern und Unterdrückten Vertrauen in den bürgerlichen Staat predigen. Wir kämpfen dafür, in Auseinandersetzung mit diesen

politischen Hindernissen eine revolutionäre, multiethnische Avantgardepartei der Arbeiterklasse zu schmieden, die in der Lage ist, als Volkstribun die Arbeiterklasse gegen rassistischen Terror, politische Repression und jegliche Unterdrückung zu führen, auf dem Weg zu einer sozialistischen Revolution, die uns alle befreit.

„Krieg gegen Terror“ = Krieg gegen unser aller Rechte

Der Kontext für die kürzlichen Angriffe gegen die Linke ist der rassistische „Krieg gegen den Terror“, den die Imperialisten nach dem 11. September 2001 ausriefen. In Wahrheit ist der „Krieg gegen den Terror“ überhaupt kein Krieg im militärischen Sinn, sondern ein politisches Konstrukt, das als ideologische Rechtfertigung dient für imperialistische Angriffe und Kolonialbesetzungen in Afghanistan und Irak; für rassistischen Terror gegen Muslime und andere Immigranten und ethnische Minderheiten, besonders in Europa; und für die allseitige Verstärkung des repressiven Staatsapparats und die Vernichtung demokratischer Rechte. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga haben von Anfang an davor gewarnt, dass der imperialistische „Krieg gegen den Terror“, der zuerst gegen Immigranten und ethnische Minderheiten losschlug, sich letztlich gegen die Arbeiterklasse und die Linke richtet. Wir betonten, dass das Ausmaß, in dem die kapitalistischen Herrscher damit durchkommen, vom Niveau der sozialen Kämpfe abhängen wird, besonders der Kämpfe der Arbeiterbewegung – die jeden Grund hat, gegen die rassistische „Anti-Terror“-Kampagne Widerstand zu leisten, die sich zum Beispiel in Deutschland direkt gegen ihre strategisch wichtigen türkischen und kurdischen Bestandteile richtet. Entweder wird die machtvolle multiethnische Arbeiterklasse gemeinsam mit der Linken, den Immigranten und ethnischen Minderheiten kämpfen, um die Rechte von uns allen zu verteidigen, oder alle werden getrennt zurückgeschlagen werden. *Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“! USA raus aus dem Irak und dem Nahen Osten! USA/NATO/Bundeswehr raus aus Afghanistan!*

Mit Hilfe des hysterischen Medien-Hypes über „einheimischen Terrorismus“ verschärfte die Regierung die allseitige rassistische Verfolgung von Immigranten und ethnischen Minderheiten der zweiten und dritten Generation und nahm besonders die politischen und kulturellen Organisationen ins Visier. Schon unmittelbar nach dem 11. September führte die SPD/Grünen-Regierung die rassistische Rasterfahndung durch, sie sammelte die Daten von Studenten und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, deren Familien aus muslimischen Ländern immigriert waren. Offener Staatsterror traf diejenigen, die wie Murat Kurnaz oder Khaled El-Masri das Unglück hatten, im Spinnennetz von Entführung und Folter hängen zu bleiben, weil sie „zur falschen Zeit am falschen Ort“ waren. Der „Krieg gegen den Terror“ wurde als Vorwand benutzt, um die Einwanderungsbeschränkungen noch mehr zu verschärfen und die rassistische „Festung Europa“ zu verstärken. Die neuesten Beschränkungen des Einwanderungsgesetzes (z.B. dürfen nachziehende Ehepartner das Land nicht betreten, bevor sie nicht deutsche Sprachkenntnisse nachgewiesen haben) sind so grausam, dass türkische Organisationen den „Integrationsgipfel“ der Merkel-Regierung im Juli boykottierten, was die Heuchelei und den Zynismus dieser Farce herausstrich.

Die Illegalisierung und Verfolgung kurdischer und linker türkischer Organisationen hat zugenommen. Schon 1993 verbot der wiedervereinigte deutsche Imperialismus die PKK und 35 weitere kurdische Vereine, während er das türkische Regime mit Beutewaffen aus der angeschlossenen DDR ausrüstete. Der 11. September diente als Vorwand, den Paragraphen 129 um Artikel b zu erweitern, der nun auch Mitgliedschaft in ausländischen Organisationen, die von

Neu!

Spartacist

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Englische Ausgabe Nr. 60, Herbst 2007

€ 1,50

Zu beziehen über die Verlagsanschrift

irgendeiner Kapitalistenklasse als „terroristisch“ abgestempelt wurden, unter Strafe stellt. Dies soll vor allem die kurdisch- und türkischstämmigen Arbeiter, die ein strategischer Bestandteil des deutschen Proletariats sind, einschüchtern und von ihren deutschen Kollegen isolieren. *Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Weg mit dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen! Weg mit dem Verbot der DHKP-C und der THKP-C!*

Der Krieg der Regierung gegen jegliche Kritiker hat jetzt auch die bürgerlichen Medien erreicht. Im August wurden Ermittlungen gegen 17 Journalisten und Redakteure – beschäftigt z. B. bei der *Zeit*, der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Spiegel* – wegen „Geheimnisverrats“ aufgenommen, aus Rache an kritischer Aufdeckung der Regierungs- und BND-Verwicklung in Folter und Entführung in den Fällen von Murat Kurnaz und Khaled El-Masri. Dies erinnert an 1962, als die *Spiegel*-Affäre Wellen schlug: Der *Spiegel* wurde gestürmt, weil er einen vertraulichen NATO-Bericht veröffentlichte, dass der deutsche Imperialismus „Bedingt abwehrbereit“ [soll heißen angriffsbereit] sei. Ermittlungen gegen vier Journalisten sind schon als haltlos eingestellt worden, was nur unterstreicht, dass es hierbei um Einschüchterung geht.

Hauptsächlich werden mit solchen Methoden Linke eingeschüchert, die über weitaus weniger Mittel zu ihrer Verteidigung verfügen. So wurde schon 2006 die *junge Welt* mit Prozess und Verurteilung wegen der Berichterstattung über Kurnaz und El-Masri überzogen und ihr ein Maulkorb verpasst, über ihren eigenen Prozess zu berichten! Gegen Mag Wompe, verantwortlich für das Internetportal labournet.de, läuft ein von der Firma Ixion angezetteltes Verfahren wegen der Veröffentlichung von Material über einen Arbeitskampf. Die angebliche „Diffamierung“ besteht aus einem Beitrag auf der Website, in dem ein Ixion-Arbeiter das Wort „kapitalistisch“ benutzte und Drohungen der Firmenleitung, Arbeiter würden ihren Job verlieren, wenn sie sich weigerten, Lohnkürzungen und schlechtere Arbeitsbedingungen hinzunehmen, als „Erpressung“ bezeichnete. Die Bourgeoisie versucht nicht nur, jegliche wirksame Streikaktion der Arbeiter zur Verteidigung ihres Lebensstandards zu kriminalisieren, sie will es sogar für illegal erklären lassen, die Wahrheit zu sagen über das kapitalistische System der Lohnsklaverei!

Als Folge der verstärkten staatlichen Repression nimmt der rassistische und faschistische Terror auf der Straße zu; so bei dem rassistischen Pogrom in Mügeln gegen acht Inder diesen Sommer. Gegen den rassistischen Terror auf der Straße muss dringend die soziale Macht der Arbeiterklasse mobilisiert werden, unabhängig von der Bourgeoisie und ihrem Staat, der die faschistischen Schläger nährt und schützt. *Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um den Nazi-Terror zu stoppen!*

Rassistischer Staatsterror zeigte sich in seiner grauenhaftesten Form bei dem schrecklichen Tod von Oury Jalloh, ein Flüchtling aus Sierra Leone, der im Januar 2005, an Händen und Füßen gefesselt, in einer Gefängniszelle in Dessau bei lebendigem Leib verbrannte. Die zwei Jahre nach Jallohs furchtbarem Tod begonnenen Verhandlungen zeigen klar, dass das Hauptziel des Gerichts nichts mit Gerechtigkeit zu tun hat, sondern darin besteht, die Wahrheit zu vertuschen und die rassistische Polizei zu schützen. Der Richter verwandelte die Anhörung in einen Prozess *gegen das Opfer* und traktierte den einzigen schwarzen Zeugen mit Fragen über



Knut Mueller

Feldlager der imperialistischen Bundeswehrruppen im afghanischen Masar-i-Sharif

Jallohs angeblichen Alkoholismus und Kriminalität. Regina Kiwanuka, ein ugandischer Flüchtling aus Nürnberg, die als Teil einer internationalen Delegation den Prozess beobachtete, sagte treffend: „Was das Gericht zu sagen schien, war, dass ein schwarzer Mann keine Menschenrechte verdient und daher ihm keine zu gewähren sind“ (thevoiceforum.org, 4. April).

Mumia Abu-Jamal, preisgekrönter Journalist und ehemaliger Black Panther, hat die rassistische Polizei machtvoll angeklagt und machte aus der Todeszelle diesen Fall in den USA bekannt (seine Kolumne und der Aufruf zu dringlichen Protesten auf Seite 5). Mumia ist dafür bekannt, die Kämpfe von Unterdrückten in der ganzen Welt aufzugreifen, in diesem und in vielen anderen Fällen. Wegen seiner machtvollen Verurteilung des Imperialismus und der rassistischen Unterdrückung ist er bekannt als „Stimme der Entrechteten“ – darum will die herrschende Klasse der USA ihn tot sehen, und darum geht es bei der rassistischen Todesstrafe. Gewerkschafter, Linke, antirassistische Aktivisten – wir können nicht zulassen, dass die Bourgeoisie uns sein Leben raubt. Es ist dringend, jetzt zu mobilisieren: *Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit für Mumia, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Liberales und Reformisten entwaffnen Arbeiter und Unterdrückte

Ein einziger Blick auf die Geschichte der Paragraphen 129/a/b illustriert die grundlegende marxistische Wahrheit, dass dieser Staat ein Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist. Die Ursprünge des Paragraphen 129 („Bildung krimineller Vereinigungen“) reichen zurück bis ins Kaiserreich, und man kann seinen Weg über die Weimarer Republik und den Faschismus bis zum heutigen wiedervereinigten Vierten Reich verfolgen. Dieses und ähnliche Gesetze – verfolgt werden Organisationen und Ideen, nicht reale Taten – wurden seit den Sozialistengesetzen unter Bismarck immer zuallererst als Waffe gegen die Arbeiterklasse, ihre Organisationen und politischen Parteien eingesetzt. 1987, in einem Artikel der damals linksliberalen *konkret*, bemerkte der Journalist Oliver Tolmein: „Es ist kein Zufall, daß die von den Alliierten nach Ende des Faschismus aus dem Strafgesetzbuch gestrichenen Staatsschutzparagraphen 1951 zur besseren Bekämpfung der KPD im 1. Strafrechtsänderungsgesetz wieder eingeführt wurden ... In der Weimarer Republik spielte der Paragraph 129 (damals ‚Staatsfeindliche Verbindungen‘) in Prozessen gegen die KP regelmäßig eine

Fortgesetzt auf Seite 20

Staatsterror...

Fortsetzung von Seite 19

herausragende Rolle.“ Nach Ausbruch des antisowjetischen Kalten Kriegs 1945 halfen die imperialistischen Alliierten Britannien und USA beim Wiederaufbau des kapitalistischen Staats in Westdeutschland, dabei wurden auch große Teile des Staatsapparats und der Führungskader aus der Nazizeit eingesetzt. Die Bundesrepublik im Westen beanspruchte immer, der Rechtsnachfolger des Dritten Reichs zu sein, und seit dem konterrevolutionären Anschluss der DDR 1990 hat auch die wiedervereinigte kapitalistische BRD diesen Anspruch.

Mitte der 1970er-Jahre führte die SPD/FDP-Regierung von Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher im Kontext der „Anti-Terror“-Hexenjagd gegen die Linke den Paragraphen 129a ein, um dem Staat ein besseres Werkzeug zu liefern für seinen Kreuzzug gegen die Rote Armee Fraktion (RAF); sein Gebrauch wurde ausgeweitet gegen „Sympathisanten“, Anwälte und radikale Linke im Allgemeinen. Der Auftakt für die Anklage gegen die angebliche „militante Gruppe“ aufgrund des Paragraphen 129a und die massiven Razzien gegen Leute, die gegen den G8-Gipfel protestierten, war eine bössartige bürgerliche Lügenkampagne gegen die verbliebenen Gefangenen der RAF. Ihre Weigerung, ihren früheren politischen Ansichten abzuschwören, diente als Begründung, warum sie für den Rest ihres Lebens im Knast sitzen sollten. Eine massive Hysterie wurde entfacht gegen Christian Klars Antrag auf Begnadigung (den Bundespräsident Köhler im Mai ablehnte), weil er im Januar an eine linke Konferenz eine Grußadresse gerichtet hatte, die einige antikapitalistische Aussagen enthielt.

Wir Trotzlisten von der SpAD haben immer schon die RAF und andere linke Gruppen gegen die „Anti-Terror“-Hexenjagd des bürgerlichen Staates verteidigt und ihre sofortige Freilassung gefordert. Unsere Vorläuferorganisation, die Trotzlistische Liga Deutschlands, wies zwar die Strategie des individuellen Terrorismus, die der proletarischen Revolution politisch entgegengesetzt ist, zurück, aber wir verteidigten die Mitglieder der RAF, wie es unsere Pflicht war, denn deren Angriffe auf Repräsentanten der Bourgeoisie und deren Staat sind vom Standpunkt der Arbeiterklasse kein Verbrechen. Tausende Linke strömten 1977 zur Beerdigung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe. Unsere Politik stand im Gegensatz zu fast der gesamten Linken Ende der 1970er-Jahre, die in ihrer Presse vor der Hysterie des „deutschen Herbstes“ kapitulierten und in den Chor mit einstimmten (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 20, November 1977).

Ebenso wie die Schmidt/Genscher-Regierung während des deutschen Herbstes neue Schneisen schlug, um den kapitalistischen Staatsapparat zu stärken, so war auch die SPD/Grünen-Regierung von Schröder und Fischer gut aufgestellt, um den „Krieg gegen den Terror“ maximal für die Ziele des deutschen Imperialismus auszubehuten. Die Ex-68er an der Spitze der „rot“-grünen Regierung verschafften der Bourgeoisie von Auschwitz demokratische Glaubwürdigkeit. Damit leisteten sie in beträchtlicher Weise den Interessen des blutigen deutschen Imperialismus Vorschub, 1999 wurde Serbien bombardiert und Bundeswehrtruppen wurden auf den Balkan und später nach Afghanistan entsandt. Wir sagen: **Bundeswehr raus aus dem Balkan und Afghanistan! Für den Sturz des deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!**

Ein zentraler Grund für die Effizienz von SPD/Grünen für die Bourgeoisie war ihre Unterstützung durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie. Mit Hilfe der Gewerkschaftsspitzen, der PDS und Pseudolinken ließen sie sich ins Amt wählen, um dann die Gewerkschaften und aufkom-

mende Proteste ihrer kapitalistischen Regierung unterzuordnen. Diese nutzte die Unterstützung dazu aus, Gewerkschaften und Linke massiv anzugreifen. Als 1999 Opposition gegen den Krieg gegen Serbien aufkam, mobilisierte die PDS, um dies in eine Unterstützung für eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus zu kanalisieren: Sie forderte eine größere Unabhängigkeit vom US-Imperialismus und eine größere Nähe zum kapitalistischen Russland und Frankreich. Die wachsende Unzufriedenheit an der Arbeiterbasis der SPD und in den Gewerkschaften – über Hartz IV, Agenda 2010 usw. – führte zur Gründung der WASG und dann 2005 zur endgültigen Krise und dem Fall der SPD/Grünen-Regierung. Unter der Führung von Lafontaine und Gysi fusionierten WASG und PDS zur Linkspartei („DIE LINKE.“). Sie bemühen sich, Kapital aus der Unzufriedenheit mit der SPD zu schlagen und alles im Rahmen sozialdemokratischer Klassenkollaboration zu halten. Was dringend nötig ist, um die Reihe von Niederlagen für die arbeitende Bevölkerung zu stoppen und die Entwicklung umzukehren, ist eine klassenkämpferische Führung, die die Macht der Arbeiterbewegung entfesselt. Im Verlauf von Klassenkampf muss durch die Intervention mit einem revolutionären marxistischen Programm eine revolutionäre Avantgardepartei geschmiedet werden, indem die Arbeiterbasis der SPD und Linkspartei von ihrer bürgerlichen Führung und deren Programm der Klassenkollaboration gebrochen wird.

Jetzt, wo die Repressionsmaßnahmen der Regierung im „Krieg gegen den Terror“ nicht mehr nur muslimische Minderheiten treffen, regt sich erstmals seit sechs Jahren größerer Protest, und am 22. September fand eine liberale Demo „Freiheit statt Angst! Stoppt den Überwachungswahn!“ statt. Natürlich ist es eine positive Entwicklung, wenn es breitere Opposition gegen die „Anti-Terror“-Kampagne der Regierung gibt, aber Ziel der bürgerlichen und reformistischen Kräfte, die an der Spitze der Demonstration vom 22. September standen, ist es nicht, sich gegen den „Krieg gegen Terror“ zu stellen, sondern sie fordern, ihn vom Standpunkt kapitalistischer Klasseninteressen rationaler zu führen, und sie wollen das Image des deutschen Imperialismus aufpolieren. Das ist ganz klar am Aufruf zur Demo zu sehen, der beklagt, dass die Schnüffelei der Regierung zu viel kostet und nicht die „gesamte Bevölkerung ... vor Kriminalität“ schützt, er fordert „weniger [!] Überwachung“ und eine „unabhängige Überprüfung aller seit 1968 beschlossenen Überwachungsgesetze auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen“. Die Unterstützerriege des Demoaufrufs reichte von bürgerlichen Parteien wie dem Bundesvorstand der Grünen und der Berliner FDP bis zu reformistischen Massenparteien wie der Linkspartei Berlin und linken Gruppen wie Labournet und Rote Hilfe.

Die Demonstration war, wie der Aufruf, geprägt vom bürgerlichen Liberalismus. Die Polizei attackierte die Demo brutal, insbesondere den Schwarzen Block. Mehr als 30 Personen wurden verletzt und mehrere festgenommen. Auffällig war die fast völlige Abwesenheit von Arbeitern und Immigrant*innenorganisationen. Diese Nichtmobilisierung hat eine einfache Erklärung: Mittels der SPD und der mit ihr verbundenen Gewerkschaftsbürokratie wurden die Arbeiterorganisationen an die kapitalistischen Regierungen gebunden (erst SPD/Grüne und jetzt CDU/SPD), die die verschärfte Staatsrepression im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ vorantreiben. Schäuble setzt Schilys massive Einschränkung von Rechten und Ausbau staatlicher Kontrolle und Überwachung fort. Und die DGB-Spitzen unterstützten nach dem 11. September 2001 die „Anti-Terror“-Kampagne, die Schily und nun Schäuble den Deckmantel dafür gibt. Auch mit ihrer Unterstützung des Demo-Aufrufs vom 22. September hilft die Gewerkschaftsbürokratie, Illusionen in den bürgerlichen Staat und liberale Politik zu schüren und die Arbei-



Fotos: Spartakist

Spartakisten intervenieren auf Demonstration am 22. September gegen Antikommunismus (rechts), der dem Reich 4.0 dient

ter in die Masse der klassenlosen „Bürger“ aufzulösen. Dies ist entgegengesetzt zu dem, was wirklich nötig ist, um die Linke, die Unterdrückten und all unsere demokratischen Rechte erfolgreich zu verteidigen: auf der sozialen Macht der Arbeiterklasse basierende Proteste, unabhängig von der Bourgeoisie und ihrem Staat und gegen sie gerichtet.

Viele linke Jugendliche wurden im Laufe der letzten Monate durch die Repressionsmaßnahmen der Regierung mit dem Staat konfrontiert. Dies ist ein Ausgangspunkt, zu einem marxistischen Verständnis des wirklichen Charakters dieses Staates zu gelangen – als der Diktatur der Bourgeoisie –, der besonders in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften wie in Westeuropa durch die demokratischen Regierungsformen verhüllt ist. Lenins grundlegendes Werk *Staat und Revolution* (1917) erklärt, dass der Staat „ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse“ ist, er besteht aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben“ – im Kern die Polizei und die Armee. Das Proletariat kann nicht einfach den fertigen Staatsmechanismus übernehmen und für seine eigenen Zwecke benutzen. Die Rolle der sozialdemokratischen Linken ist es, diese Lehren unter den Teppich zu kehren und die krassen Illusionen und Vertrauen in die Heiligkeit der klassenlosen „Demokratie“ und ins bürgerliche Grundgesetz zu propagieren. Ganz grotesk wird es, wenn etwa die Tageszeitung *junge Welt* inmitten des Staatsterrors gegen Linke und Immigranten dafür eintritt, die Tugenden des bürgerlichen „Rechtsstaats“ auszudehnen auf ... die Bullen! In ihrer Ausgabe vom 21. August erschien ein ganzseitiges Interview mit dem Vorsitzenden der Bullen „gewerkschaft“ GdP Konrad Freiberg unter der Überschrift: „Auch Schäuble sollte die Verfassung achten“ [Zitat Freiberg] – Todesschüsse auf potentielle Terroristen gefordert, Tornado-Jets und Bundeswehrpanzer gegen Demonstranten eingesetzt – der Bundesinnenminister verlässt immer häufiger den Boden des Grundgesetzes.“ In die gleiche Kerbe haut *unsere zeit*, Zeitung der reformistischen stalinistischen DKP, mit einem Artikel vom 17. August, „Polizisten diskutieren Einsatz in Rostock – Kritische Aufarbeitung des G8-Gipfels gefordert“, in dem sie sich ganz aufgeregt geben („Diese Diskussion ist spannend“) über die Diskussion unter den Bullen.

Die jetzige Repressionswelle wurde ermutigt durch den Verrat der liberalen und reformistischen Organisatoren von Attac, NGOs, der „Friedensbewegung“ und Linkspartei während der Anti-G8-Proteste. Diese beteiligten sich an der wütenden bürgerlichen Hexenjagd gegen die Anarchisten des Schwarzen Blocks und lieferten sie den Bullen aus (siehe Artikel in *Spartakist* Nr. 167, Sommer 2007). Das war eine direkte Hilfeleistung für die Regierungskampagne gegen die Linke, von den Polizeiüberfällen im Vorfeld der Proteste bis

zu den letzten Verhaftungen und Prozessen im Juli/August.

Von so genannten „Linken“, die sich über „kritische“ Bullen freuen, kann man kein Klassenkampfprogramm erwarten, um die staatliche Repression und das kapitalistische System, auf dem sie basiert, zu bekämpfen. Radikaler, zumindest was ihre Wortwahl angeht, erscheinen da oft die Anarchisten oder Autonomen, von denen viele zu einem „antikapitalistischen Block“ bei der Demo am 22. September aufriefen, „da wir im Gegensatz zu bürgerlichen Parteien und Organisationen nicht alleine einzelne Verschärfungen kritisieren, sondern das gesamte herrschende System infrage stellen und überwinden wollen“ (16. August). Vergesst mal für den Moment, dass dies die wirkliche Rolle von bürgerlichen Parteien wie den Grünen beschönigt, die wirklich nicht beschuldigt werden können, den „Krieg gegen den Terror“ nur zu „kritisieren“ – sie trieben ihn entscheidend mit voran. In ihrer langen Erklärung sagen uns die Organisationen des „antikapitalistischen Blocks“ nicht, wie sie das herrschende System „überwinden“ wollen, abgesehen davon, dass sie es „infrage stellen“ und abstrakt von „Widerstand“ reden. Zwar führen sie ab und zu militante und mutige Aktionen durch, die aber genau nicht das System „infrage stellen“, denn letztendlich weisen die Anarchisten und Autonomen nicht nur die Diktatur des Proletariats als „autoritär“ zurück, sondern auch eine revolutionäre Avantgardepartei, die die Arbeiterklasse an die Macht führen kann, und viele von ihnen sogar die Arbeiterklasse selbst als Subjekt revolutionärer Veränderung. Wenn man dies in Betracht zieht, wundert es nicht, dass diese Gruppen bei ihrer Suche nach anderen Kräften, die den Faschismus und Imperialismus bekämpfen können, oft schließlich dabei landen, im Dienst der Sozialdemokraten und Liberalen zu agieren oder moralische Appelle an den bürgerlichen Staat zu richten, z. B. für ein „Verbot der NPD“. Gesetze, die verabschiedet werden, um angeblich gegen Nazis vorzugehen, werden immer gegen die Linke eingesetzt werden. November 1993 wurde das Verbot der PKK und 35 kurdischer Vereine durch den gleichzeitigen Verbotsantrag gegen die faschistische FAP abgedeckt.

Für neue Oktoberrevolutionen!

Die Reaktionen der meisten pseudosozialistischen Linken und der Anarchisten auf die verschärfte staatliche Repression zeigen, wie vollständig sie die triumphalistische Lügenkampagne der Bourgeoisie über den „Tod des Kommunismus“ geschluckt haben. Die immer weitere Stärkung des bürgerlichen Staats im In- und Ausland erinnert sie nicht an die Tradition kapitalistischer Unterdrückung, wie sie die Gestapo verkörperte, oder an die Hexenjagd gegen die RAF, wie sie die Schmidt-Regierung in den 1970er-Jahren betrieb.

Fortgesetzt auf Seite 22

Staatsterror...

Fortsetzung von Seite 21

Nein! Sie jammern, Schäuble installiere „Stasi 2.0“, wie man es auf Plakaten und T-Shirts lesen konnte, die bei der Demo am 22. September überall zu sehen waren. Für diese Demo rief die anarchoide Gruppe FeS zu einem „Mayday-Block“ auf und proklamierte: „Wir wollen keinen Überwachungsstaat à la Stasi 2.0.“ Die gleiche Sorte antikommunistischen Mülls ist auf der Linken weit verbreitet: von der *jungen Welt*, die das Image von „DDR-Nostalgikern“ kultiviert, über sozialdemokratische Pseudotrotzkisten wie SAV und anderen in der Linkspartei bis zu den Anarchisten. Auf diese Weise polieren sie die Heuchelei der bürgerlichen Demokratie auf, die nur die Diktatur der Bourgeoisie und des blutigen deutschen imperialistischen Staates verschleiert. Das entspricht ihrer Rolle 1989/90, als sie nicht gegen die Konterrevolution kämpften und die kapitalistische Wiedervereinigung für unvermeidbar erklärten.

Die DDR und die anderen deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa entstanden als Ergebnis des heroischen Siegs der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg gegen das Nazi-Regime und wurden errichtet nach dem Vorbild der Sowjetunion, die bürokratisch degeneriert war als Folge einer politischen Konterrevolution, die Ende 1923/Anfang 1924 begann. Obwohl diese Staaten politisch von konservativen, bürokratischen Regimen beherrscht waren, die die Utopie des „Sozialismus in einem Land“ verbreiteten und ihre eigenen Privilegien schützten, basierten sie auf der Enteignung der Kapitalisten und auf einer geplanten, vergesellschafteten Wirtschaft und verkörperten daher die Errungenschaften der Oktoberrevolution. Wie Trotzki bei der Analyse der Degenerierung der Russischen Revolution ausführte, ist die Aufgabe, vor der die internationale Arbeiterklasse steht, eine zweifache: bedingungslose militärische Verteidigung dieser Staaten gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution sowie politisch-proletarische Revolution, um die stalinistischen Bürokratien wegzufegen und den Weg zu ebnen für die internationale Ausweitung der Errungenschaften. Heute gilt das für China, Kuba, Nordkorea und Vietnam.

1989/90 kämpften wir mit allen unseren Kräften für die Verteidigung der DDR gegen kapitalistische Wiedervereinigung und für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch politische Revolution im Osten und soziale Revolution im Westen. Der zerstörerische Einfluss des Siegs der kapitalistischen Konterrevolution, den man seit damals sowohl im Osten als auch im Westen sehen kann, zeigt auf negative Weise, dass wir damit recht hatten. In Osteuropa und der früheren Sowjetunion war die soziale Zerstörung, die die Konterrevolution mit sich brachte, katastrophal und geht einher mit Staatsterror gegen Linke, Roma, nationale Minderheiten und Homosexuelle. Die kapitalistische EU wurde ostwärts ausgedehnt und die Grenzen der Festung Europa dabei massiv verstärkt. Letztes Jahr wurde in der Tschechischen Republik die KP-Jugendorganisation KSM verboten, weil sie für die Überführung von Privateigentum in Kollektiveigentum eintritt. Angesichts der Verelendung der Bevölkerung enthüllt die von der Bourgeoisie so gepriesene „samtene Revolution“ ihre Fratze als konterrevolutionäre kapitalistische Diktatur. In Polen hat die rechte katholische Regierung, geführt von den Erben der Solidarność-Konterrevolution, brutal die Rechte von Schwulen angegriffen. Mit der Lustracja-Hexenjagd eröffnete sie einen erneuten Kreuzzug gegen jeden und alle, die irgendwas mit dem polnischen deformierten Arbeiterstaat zu tun hatten.

Im wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland ging die Zerstörung der sozialen Errungenschaften der DDR einher mit einer Welle von Angriffen auf die Gewerkschaften im Westen. Dies wurde begleitet von einer hysteri-

schen antikommunistischen Hexenjagd gegen frühere Angehörige der DDR-Staatssicherheit und Führer der SED. Durch diesen Kreuzzug sollte die DDR als „Unrechtsstaat“ gebrandmarkt und jede Art von Identifikation mit ihr stigmatisiert werden, ein zentraler Bestandteil der ideologischen Kampagne vom „Tod des Kommunismus“. Die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger verfolgen die Stasi und andere staatlichen Stellen der DDR mit einem böartigen Hass, der umso stärker ist, je effektiver diese den Arbeiterstaat verteidigten. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus war das kein „Verbrechen“ – aber es war ein Verbrechen, die DDR zu unterminieren und auszuverkaufen! Ende Januar 1990 fügte sich die SED-PDS Gorbatschows Ausverkauf der DDR und unterstützte die kapitalistische Wiedervereinigung. In der Folge haben PDS und die Pseudolinken, die auch ihren Teil zur Konterrevolution beitrugen, vor der antikommunistischen Kampagne kapituliert und reiheten sich in sie ein. Die PDS händigte sogar ihre eigenen Mitglieder den Hexenjägern aus. Im Gegensatz zu diesen Ausverkäufern stellten wir Trotzlisten uns ganz direkt gegen die „Anti-Stasi“-Hexenjagd. Wir betonten, dass die früheren stalinistischen Bürokraten, wie etwa Erich Honecker oder Egon Krenz, von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt wurden. Ein Beispiel dafür war der frühere Stasi-Chef Erich Mielke, der von der rachsüchtigen Bourgeoisie von Auschwitz dafür angeklagt wurde, dass er als junges KPD-Mitglied gegen Ende der Weimarer Republik angeblich einen Bullen getötet habe.

Worum es bei der antikommunistischen Hexenjagd wirklich geht, zeigt sich ganz deutlich bei den Säuberungen, die in den 1990er-Jahren an der Humboldt-Universität durchgeführt wurden. Während wir damals für Proteste gegen die antikommunistischen Säuberungen kämpften, schrieb die Spartakist-Jugend (siehe *Spartakist* Nr. 122, März/April 1996) über den früheren SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle, der eingesetzt worden war, um sie durchzuführen:

„Kein Marxist soll seinen Fuß über diese Schwelle setzen, solange ich hier bin – so ‚Professor‘ Krelle zu seiner Berufung an die HUB (*JW* 3./4. Februar). Und er beließ es nicht bei Worten: seit Frühjahr 1991 organisierte er als Vorsitzender der ‚Struktur- und Berufungskommission‘ die Hexenjagd gegen frühere Mitglieder an der Fakultät der Wirtschaftswissenschaften. Von ehemals 180 ostdeutschen Mitarbeitern verblieben am Ende keine 20. Die grüne Uni-Präsidentin Marlis Dürkop koordinierte diese schmutzige Kampagne im Zuge des Bestrebens, alles auszuradiieren, was an den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat erinnert. Und, was Wunder, sie war es auch, die dem Herren Sturmbannführer Ende 1994 die Ehrendoktorwürde der HUB verlieh – und zwar *in voller Kenntnis* seiner Vorgeschichte als SS-Befehlshaber.“

Von den Verhaftungen und Prozessen gegen Linke auf Basis des Paragraphen 129a über die staatliche Hexenjagd gegen die RAF von den 1970er-Jahren bis heute, über den so genannten „Krieg gegen den Terror“ und den schmutzigen antikommunistischen Dreck, der seit 1917 bis zur Gegenwart versprüht wird – die kapitalistischen Herrscher und ihr Staat werden ihr Äußerstes tun, um die Arbeiterklasse und die Unterdrückten niederzuhalten und zu terrorisieren. Letztendlich richtet sich ihr Krieg gegen das Gespenst der proletarischen Revolution, aber, wie Karl Marx sagte, sie haben sich in der Arbeiterklasse, die den Reichtum der Gesellschaft produziert, ihren eigenen Totengräber geschaffen. Unsere Aufgabe ist es, die revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei zu schaffen, die nötig ist, um den Kapitalismus durch Arbeiterrevolution zu stürzen. Integraler Bestandteil des Aufbaus dieser Partei und des Kampfes für unser aller Freiheit ist es, die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren zur Verteidigung ihrer Rechte und aller Unterdrückten.■

Mexiko...

Fortsetzung von Seite 28

wenigen linken Veranstaltungen an der Uni, die für das Recht auf Abtreibung eintraten. Unsere Genossen zeigten auf, was die marxistische Perspektive dafür ist, Frauenunterdrückung zu beenden. Sie riefen Studenten und Arbeiter auf, zur Unterstützung der Abtreibungsreform zu mobilisieren, und sie warnten vor Illusionen in die PRD.

Der Untergang der UdSSR, erster und mächtigster Arbeiterstaat der Erde, hat eine globale Offensive gegen den Lebensstandard und grundlegende demokratische Rechte der Arbeiterklasse und der Unterdrückten eingeleitet und auch ein ideologisches Klima geschaffen, das von einem weit verbreiteten Glauben an den „Tod des Kommunismus“ und von einem Wiederaufleben des religiösen Fanatismus dominiert wird. In den USA, wo Abtreibungsrechte existieren – und eine Bande religiöser Fanatiker um Bush regiert –, werden diese permanent sowohl von Demokraten als auch von Republikanern angegriffen, und es wird immer schwieriger, eine Abtreibung zu bekommen, besonders für arme Frauen.

Mexiko war natürlich von dieser bürgerlichen Offensive nicht ausgenommen: Zwei Jahrzehnte arbeiterfeindlicher, neoliberaler Politik haben den Lebensstandard der Arbeiterklasse zerstört. Darüber hinaus kombinierte die Herrschaft der PAN [Partei der Nationalen Aktion] in den letzten sieben Jahren eine Politik von Privatisierungen, offen dem amerikanischen Imperialismus zugewandt, mit rechter, religiöser Ideologie. Kürzlich wurde das Land von mächtigen, kämpferischen Streiks erschüttert und auch von massiven Mobilisierungen der Arbeiterklasse, der Armen und Unterdrückten, die ihre elementarsten Bedürfnisse einforderten und hart erkämpfte Errungenschaften verteidigten. Die Bourgeoisie selbst ist hochgradig polarisiert, die Differenzierung umfasst soziale ebenso wie wirtschaftliche Fragen. Die bürgerlich-nationalistische PRD des [früheren Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel] López Obrador bemüht sich, die Unzufriedenheit der Arbeiter aufzugreifen und durch Zugeständnisse zu entschärfen. Dies ist der Kontext, in dem die Abtreibungsreform entstand, ursprünglich entworfen von der PRI [Partei der Institutionalisierten Revolution] und verabschiedet mit Unterstützung der PRD.

Abtreibung gibt Frauen eine gewisse Kontrolle darüber, ob sie Kinder haben oder nicht, und die Frage ist politischer Sprengstoff. In Mexiko, hinter Brasilien das Land mit der zweitgrößten katholischen Bevölkerung in der Welt, spielt die mittelalterliche katholische Kirche eine ständig wachsende politische Rolle, besonders seit Vicente Fox von der PAN im Jahr 2000 seine Präsidentschaft antrat. Seit die Reform das erste Mal eingebracht wurde, haben obskurantistische, rechte Kräfte einen Aufruhr von Entrüstung entfacht. Sie stacheln diejenigen Schichten der Bevölkerung auf, in denen die krasseste Rückständigkeit herrscht, und sie stellen eine tödliche Bedrohung für Frauen, Linke, Arbeiter, Schwule und die indigene Bevölkerung dar.

Die PAN-Regierung und die katholische Kirche arbeiten Hand in Hand bei einer reaktionären, frauenfeindlichen Kampagne gegen den Entwurf. Sie zeterten von den Kanzeln des nationalen Fernsehens, Priester und Nonnen demonstrierten in den Straßen von Mexiko-Stadt, und der Vatikan selbst stieß lächerliche Drohungen über Exkommunizierung aus. Nachdem die Gesetzgebende Versammlung der Stadt die Reform angenommen hatte, gab es einen erneuten Angriff, diesmal vorangetrieben von der grotesk fehlbenannten Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH) und dem Büro des Generalstaatsanwalts (PGR), die die Verfassungsmäßigkeit des neuen Gesetzes anfoch-



David Bacon

Einwohner eines verarmten Barrios außerhalb der nordmexikanischen Stadt Monterrey

ten, wobei das PGR argumentierte, dass ein Embryo ein Sujeto de Derecho [rechtsfähige Person] sei! Wir sagen: Für die Trennung von Kirche und Staat!

Während wir diese Reform unterstützen, haben wir keinerlei Vertrauen in die PRD oder die PRI; sie sind genauso Parteien des Kapitals wie die PAN. Reformen unter dem Kapitalismus sind nicht nur begrenzt, sondern auch umkehrbar. Die Unterdrückung der Frauen ist notwendiger Bestandteil des Kapitalismus und kann nicht durch Reformen beseitigt werden, sondern nur durch den revolutionären Sturz des Ausbeutungssystems, das auf dem Privateigentum beruht. Wir kämpfen für den Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Arbeiterpartei, die den Kampf für eine sozialistische Revolution führt – das wäre der Beginn davon, die Grundlage für die wirkliche Befreiung der Frauen zu schaffen, zusammen mit der Befreiung der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten.

Die materielle Grundlage der Frauenunterdrückung

Marxisten betrachten die Institution der Familie, ein notwendiger Bestandteil der Herrschaft des Privateigentums, als die Hauptquelle für die spezielle Unterdrückung der Frauen. Die Familie ist keine unveränderliche, zeitlose Einrichtung, sondern eine gesellschaftliche Beziehung, die geschichtlichen Veränderungen unterworfen ist. In den frühen Gesellschaften von Jägern und Sammlern waren Männer und Frauen gleichgestellt, und die notwendige Arbeitsteilung, die darauf beruhte, dass Frauen gebären, brachte keine Unterordnung aufgrund des Geschlechts mit sich, und die Abstammung wurde durch die Mutter bestimmt. In dem klassischen Werk *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884) führte Friedrich

Fortgesetzt auf Seite 24



interet-general.info

Arbeiterinnen in einer Maquiladora-Textilfabrik

Mexiko...

Fortsetzung von Seite 23

Engels (mit den seinerzeit verfügbaren Informationen) den Ursprung der Institution der Familie und des Staates auf die Teilung der Gesellschaft in Klassen zurück. Die technologische Entwicklung – Landwirtschaft, Metallverarbeitung, die Domestikation von Tieren und weitere revolutionäre Fortschritte – erlaubte es, einen Überschuss zu erzielen über das hinaus, was für den Grundbedarf einer typischen Jäger-Sammler-Kultur benötigt wurde, und machte so die Existenz einer müßigen herrschenden Klasse möglich. Der Staat entstand, um gewaltsam die Herrschaft dieser herrschenden Klasse sicherzustellen. Die zentrale Rolle der Familie ergab sich aus ihrer Bedeutung für die Vererbung des Eigentums entlang der männlichen Linie, was die sexuelle Monogamie der Frau und ihre gesellschaftliche Unterordnung erforderte. Engels beschrieb den Sieg des Privateigentums über das primitive, natürliche Gemeineigentum als die „weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts“.

Die kapitalistische Gesellschaft ist in zwei Hauptklassen geteilt: die Bourgeoisie, die die Produktionsmittel besitzt, und das Proletariat, das seine Arbeitskraft verkauft, um den Reichtum zu erzeugen und die Gesellschaft am Laufen zu halten. Für die arbeitenden Massen und die Armen, die keinen Reichtum haben, den sie neuen Generationen vermachen könnten, dient die Familie dazu, die Arbeiter zu nähren und zu kleiden und die nächste Generation aufzuziehen. Engels hält fest: „Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offene oder verhüllte Haussklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt.“ Auch heute noch spielt die Institution der Familie eine wirtschaftliche und soziale Rolle, und das ist die Basis der Frauenunterdrückung. Daher ist

der Kampf für Frauenbefreiung ein strategischer Teil des Kampfes für Sozialismus und kann nur durch die sozialistische Revolution verwirklicht werden.

Unsere Perspektive ist nicht, die Hausarbeit innerhalb der Familie umzuverteilen, sondern die gesamte Hausarbeit in den öffentlichen Sektor zu verlegen. Die Institution der Familie als eine Wirtschaftseinheit der Gesellschaft kann nicht abgeschafft werden, sondern muss durch Gemeinschaftsküchen, kommunale Kinderbetreuung und Wäschereien ersetzt werden. Die Diktatur des Proletariats wird in dem Maße, wie ihr ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen, sofort die materiellen Bedingungen insbesondere der Frauen ändern, noch über die allgemeinen befreienden Auswirkungen der Revolution hinaus und sehr viel weitgehend als die Gleichstellung von Männern und Frauen vor dem Gesetz.

Frauenunterdrückung ist nicht einfach eine Frage von rückständiger Ideologie und der Verweigerung demokratischer Rechte. Die Ideologie des männlichen Chauvinismus wird propagiert, um die konkrete wirtschaftliche Unterdrückung und Unterjochung von Frauen zu rechtfertigen. Abtreibung wird reglementiert, um die Institution der Familie zu stützen, deren gesellschaftliche Rolle zusammen mit anderen Einrichtungen wie der Kirche darin besteht, Achtung vor Autoritäten zu lehren, als konservativ beharrende Kraft zu wirken, die Bevölkerung zu reglementieren (besonders die Jugend) und eine Moral einzupflanzen, die alles verbietet, was vom Ideal der Familie abweicht – von vorehelichem Sex bis zur Homosexualität. Sexualität von Jugendlichen, auch wenn manche es nicht wahrhaben wollen, ist eine biologische Tatsache. Es geschieht nun einmal, dass heranwachsende junge Mädchen schwanger werden und eine Abtreibung brauchen. Für kostenlose Verhütungsmittel und kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Weg mit den Bestimmungen, wonach die Eltern erst ihre Erlaubnis geben müssen! Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Wir sind Gegner der Gesetze über „Minderjährigkeit“, durch die der Staat vorschreibt, ab welchem Alter man (üblicherweise Frauen) entscheiden darf, Sex zu haben. Wir sind gegen Gesetze, die sich gegen „Verbrechen ohne Opfer“ wie einvernehmlichen Sex, Pornografie und Drogengebrauch richten.

In Mexiko, wo selbst nach offiziellen Zahlen die Hälfte

ESPARTACO
PUBLICACION DEL GRUPO ESPARTAKISTA DE MEXICO
MEXICO 92100
NÚMERO 24
SEPTIEMBRE DE 2002

Amnaza de represión masiva ante repudio a dudosa victoria electoral del PAN

Los ataques del PAN contra los obreros y oprimidos y la lucha por la revolución socialista

Aboniere jetzt!

Espartaco

Zeitung der
Grupo Espartakista
de México

4 Ausgaben inkl.
Spartacist (spanische Ausgabe)

Luftpost € 4,-

Zu beziehen über
die Verlagsanschrift

¡Romper con AMLO y el PRD burgués! ¡Forjar un partido obrero revolucionario internacionalista!

Los obreros del Libro Capatzen	10	¡Abajo la represión socialista contra Latino y Chino!	18
Obreros fabricados del gobierno!	10	Bauten, Tortillas und internationalistische	24
La crisis de los Foros Sociales	10		



der Bevölkerung in Armut lebt, bekommt der lähmende Effekt der Familie eine sogar noch größere Bedeutung, da sie ein Mittel für das wirtschaftliche Überleben ist. Das gilt besonders für junge Erwachsene, die keine anständige Arbeit bekommen, für alte Menschen, die versuchen, mit erbärmlichen Renten auszukommen – wenn sie überhaupt eine haben –, und für Frauen, die gezwungen sind, Ehen weiterzuführen die sie nicht wollen, einfach weil sie allein nicht überleben könnten, besonders wenn sie Kinder haben. Für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr!

Frauen und permanente Revolution in Mexiko

In allen Gesellschaften ist der Grad der Emanzipation der Frauen ein genaues Maß für die allgemeine Emanzipation. Viele Aspekte des frauenfeindlichen Charakters der mexikanischen Gesellschaft sind auf der ganzen Welt bekannt. Ciudad Juárez [Stadt an der Nordgrenze] ist berüchtigt wegen der Hunderte von Morden an Arbeiterinnen; die Opfer sind typischerweise jung und werden häufig sexuell verstümmelt. Im März wurde Ernestina Ascencio, eine 73-jährige Ureinwohnerin, in Veracruz von Angehörigen der mexikanischen Armee vergewaltigt und ermordet, und [der mexikanische Präsident Felipe] Calderón hatte die Frechheit zu behaupten, sie wäre an Gastritis gestorben. Die Polizei hat Frauen sexuell missbraucht und vergewaltigt, die während der brutalen Besetzung der Stadt Atenco im Mai 2006 festgenommen wurden.

Aber zum größten Teil gelangen die fürchterlichen Bedingungen für Frauen in Mexiko nicht in die Schlagzeilen, weil sie einfach alltäglich sind. Gewalt gegen Frauen geschieht in 60 Prozent der Haushalte. Offene Diskriminierung bei Einstellungen ist die Regel. Frauen werden üblicherweise in die eintönigsten und gefährlichsten industriellen Jobs verbannt, besonders in den Maquiladoras [„Freihandels“-Fabriken in ausländischem Besitz]. Sie werden erniedrigenden Prozeduren unterworfen, zum Beispiel regelmäßigen Schwangerschaftstests, und sie verdienen für die gleiche Arbeit weniger als Männer. Gleichzeitig bekommen Frauen durch ihre Integration in die Industrie ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit und sind zu einem machtvollen und dynamischen Teil des Proletariats geworden. Wir sagen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Organisiert die Unorganisierten!

Die Bedingungen für Ureinwohnerinnen in Mexiko sind besonders brutal und erniedrigend, weil größere Armut und rückständige Traditionen hier zusammenwirken. In manchen Gegenden werden Mädchen immer noch in die Ehe verkauft! In manchen Fällen sprechen Frauen nicht mit Männern, die nicht zur Familie gehören. Ureinwohnerinnen leben üblicherweise in Häusern armer Bauernfamilien oder in städtischen Slums. In mehr als 34,5 Prozent der Haushalte in Gemeinden der Ureinwohner gibt es kein fließendes Wasser, 21,1 Prozent haben keinen Strom. Die Analphabetenrate unter Frauen ab 15 Jahren, die in indigenen Haushalten leben, liegt bei erschreckenden 32,2 Prozent, für Männer bei 19,4 Prozent; in nicht-indigenen Haushalten sind es 6,7 Prozent, und der Geschlechterunterschied ist minimal.

Besonders in Mexiko-Stadt und anderen großen städtischen Zentren ist ein bedeutender Teil der Bevölkerung, hauptsächlich aus der Kleinbourgeoisie, nicht mit der fundamentalistisch-katholischen Ideologie der PAN einverstanden. Kürzliche Umfragen zeigen, dass – anders als im nationalen Rahmen – in der Hauptstadt die Befürworter der Abtreibungsreform eine (wenn auch nur kleine) Mehrheit haben. Bei PRD- und Gewerkschaftsdemonstrationen lehnen einige Leute unsere Zeitung ab, wenn wir auf unsere Haltung zur Abtreibung hinweisen, aber andere – besonders Studenten und junge Arbeiterinnen – kaufen sie aus genau

diesem Grunde. Bei Krankenschwestern, denen vermutlich die Folgen illegaler Abtreibungen sehr bewusst sind, stoßen wir auf eine besondere Aufgeschlossenheit, sie mobilisierten auch gegen den Abbau der Sozialleistungen. Im Mai gab es eine erfrischende Darbietung von Respektlosigkeit – an einem Sonntagmorgen, genau vor der Kathedrale Metropolitana. Ein großer Teil der 20000 nackten Leute, die auf dem Zócalo [zentraler Platz von Mexiko-Stadt] für ein Foto-shooting von Spencer Tunick posierten, skandierte: „¡Norberto Rivera, el pueblo se te encuera!“ [(Kardinal) Norberto Rivera, die Leute ziehen sich für dich nackt aus!].

Dieser in sozialer Hinsicht liberalere Sektor stellt eine bedeutende Unterstützerbasis der PRD dar, und an diese wendet sich die Partei mit der Abtreibungsreform, mit den Sociedades de Convivencia (was allgemein als Schwulenehe aufgefasst wird) und mit Vorschlägen, Prostitution zu legalisieren. Aber Illusionen, die PRD wäre ein Freund der Arbeiter und Unterdrückten, sind selbstmörderisch. Die Kapitalistenklasse als Ganzes, egal wie sie sich konjunkturell in Positur wirft, ist dagegen, dass kostenlose Abtreibung auf Wunsch und ohne Beschränkungen zugänglich ist, weil dies Frauen ein wenig Freiheit von der völligen Unterordnung unter die Familienstrukturen verschaffen würde. Es liegt im Interesse der Arbeiterklasse, den Kampf gegen Frauenunterdrückung aufzunehmen, gegen die Bourgeoisie.

Das neokoloniale Mexiko ist ein Land mit kombinierter und ungleichmäßiger Entwicklung, in dem modernste Methoden kapitalistischer Produktion und alttümlichste Methoden in der Landwirtschaft, fast ohne jede Infrastruktur, nebeneinander existieren, letzteres besonders auf dem Land, aber nicht nur dort. Ein grundlegendes Hindernis, kostenlose Abtreibung auf Wunsch Realität werden zu lassen, ist der Mangel an qualitativ guten Gesundheitseinrichtungen und ausgebildetem Personal, was jetzt durch die Angriffe der PAN-Bundesregierung auf die Sozialleistungen noch verschärft wird. Wir sagen: Weg mit der „Reform“ der

Fortgesetzt auf Seite 26

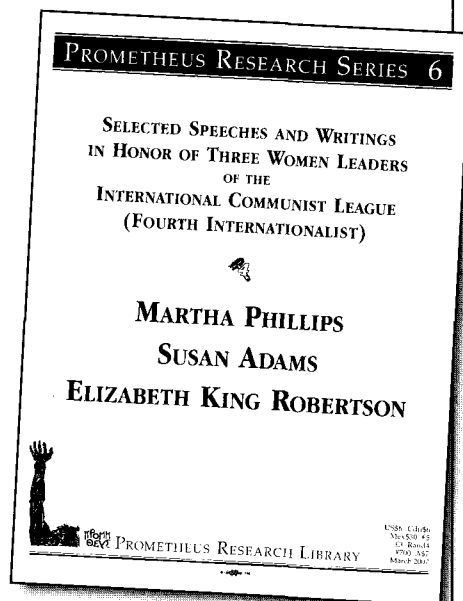
Bestellt!

Prometheus Research Series 6

€ 6,-

inkl. Porto und Versand

Zu beziehen über die Verlagsanschrift



Ausgewählte Reden und Schriften in Andenken an drei Führerinnen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) – Martha Phillips, Susan Adams, Elizabeth King Robertson.



Mexiko...

Fortsetzung von Seite 25

Sozialleistungen! Kostenlose Gesundheitsversorgung von hoher Qualität für alle!

Die materiellen Ressourcen, um Frauen ganz in den Produktionsprozess zu integrieren und dadurch den Anfang einer Basis für die Emanzipation der Frauen zu schaffen, um die Bauern und Ureinwohner aus dem Elend, der Isolation und der Unwissenheit ihrer Vorfahren zu befreien, fehlen ganz einfach und können erst durch eine sozialistische Revolution mit internationaler Ausweitung erreicht werden. Bei unserem Kampf für die sozialistische Revolution lassen wir uns von der Perspektive der permanenten Revolution leiten, die von Leo Trotzki formuliert wurde. In der Epoche des Imperialismus können die Aufgaben, die mit bürgerlich-demokratischen Revolutionen (wie der Französischen Revolution 1789) assoziiert werden, wie nationale Emanzipation, Agrarreform und politische Demokratie, nur durch die Diktatur des Proletariats gelöst werden, mit Unterstützung der Bauernschaft und der städtischen Armen. Vom Wahlrecht (auf dem durch den versuchten Desafuero [Aufhebung der politischen Immunität] gegen López Obrador und den Wahlbetrug [bei den Präsidentschaftswahlen 2006] herumgetrampelt wurde) bis zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen sind daher die demokratischen Bestrebungen der Massen Triebkräfte für die sozialistische Revolution. Für Mexiko wird der Sturz der brutalen imperialistischen US-Bourgeoisie durch die mächtige multirassische Arbeiterklasse nördlich des Río Bravo eine vordringliche Frage auf Leben oder Tod sein. Für gemeinsamen Klassenkampf in den USA und Mexiko!

Die PRD versucht, diese berechtigten Bestrebungen in die Sackgasse kapitalistischer Politik umzulenken, spärlich verkleidet mit den Fetzen der bürgerlichen Demokratie. Mittels bürgerlich-nationalistischer Ideologie versucht sie auch, die Klassenunterschiede in der Gesellschaft zu verwischen, und verbreitet die Lüge, dass alle Mexikaner zum

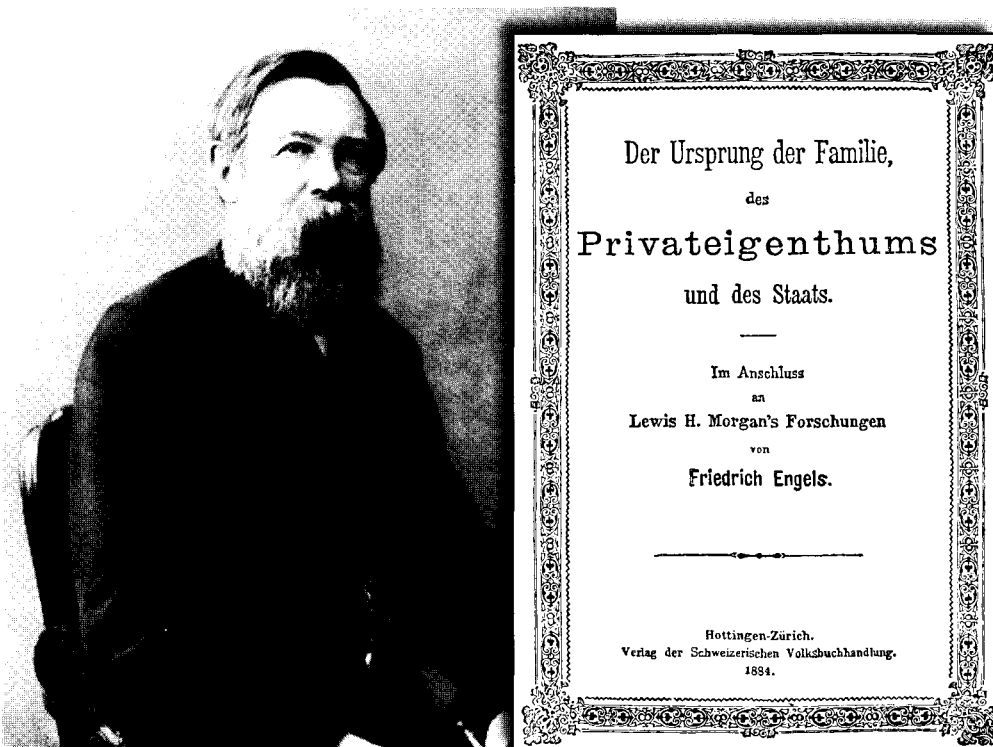
Wohle des Landes „zusammenhalten“ müssten. Das ist glatter Betrug. Die Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie sind unvereinbar; und darüber hinaus sind die schwachen Bourgeoisien der Dritten Welt unlösbar an ihre imperialistischen Herren gebunden und absolut nicht in der Lage, von ihnen zu brechen und irgendeine revolutionäre Rolle zu spielen. Bestenfalls versuchen sie, die Bedingungen ihrer eigenen Unterordnung unter die Imperialisten neu zu verhandeln, und dabei deaktivieren sie die Kämpfe des mächtigen Proletariats. Wenn die nationalistische Ideologie nicht ausreicht, zögert die PRD nicht, die gesamte unterdrückerische Macht des kapitalistischen Staates zu entfesseln, wie sie es in der Vergangenheit schon oft getan hat.

Für eine leninistisch-trozkistische Avantgardepartei als Volkstribun!

Da dem Proletariat jedes Interesse an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung fehlt, ist seine historische Aufgabe die der allumfassenden Emanzipation. Aber in jeder Gesellschaft ist die herrschende Ideologie die Ideologie der herrschenden Klasse. In Ländern mit einer verzögerten kapitalistischen Entwicklung ist die ausgeprägte Erniedrigung der Frauen zutiefst in vorkapitalistischer „Tradition“ und religiösem Obskurantismus verwurzelt. Ein Großteil des mexikanischen Proletariats hat heutzutage männlich-chauvinistische Ideologie, Rassismus gegen Ureinwohner und Schwarze sowie Antisemitismus verinnerlicht, was die Kapitalisten benutzen, um die Spaltung der Arbeiterklasse und die Unwissenheit über ihre soziale Macht und über ihr historisches Interesse aufrechtzuerhalten.

Eine leninistisch-trozkistische Avantgardepartei – das grundlegende Werkzeug, um die Arbeiterklasse zu einer sozialistischen Revolution zu führen – kann nur im Kampf gegen den Einfluss der bürgerlichen Ideologie geschmiedet werden. Wir kämpfen dafür, dass die Arbeiterklasse den Kampf für Frauenrechte aufnimmt und als Führer aller Unterdrückten auftritt. Das ist ein wesentlicher Teil der Schlacht gegen den Kapitalismus. Wir machen uns keine Illusionen, dass das einfach sein wird, aber es ist der einzige Weg, die Menschheit aus den Fesseln von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Wie schon die Bolschewiki weisen wir die erniedrigende Auffassung eines großen Teils der mexikanischen Pseudolinken zurück, Frauenbefreiung sei „Frauenarbeit“; sie ist ein integraler Teil unseres Programms, für den unsere gesamte internationale Organisation kämpft. In scharfem Gegensatz dazu passt sich die Linke an die Machista-Gesellschaft an und ergeht sich oft in ekelhafter Zurschaustellung rückständiger bürgerlicher Ideologie. Bei unserer Kundgebung am 19. April verurteilten wir die gängige Praxis von Aktivistinnen in Mexiko, frauenfeindliche und schwulenfeindliche Schimpfworte zu benutzen, um Regierungsbeamte oder rechte Reaktionen zu beleidigen. Wir stellten öffentlich bloß, dass unter anderem das Rebellía-Studentenkollektiv an der UNAM



W.E. Debenham

Friedrich Engels' Werk *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884) erklärte Grundlage der Frauenunterdrückung durch Entwicklung des Systems der Familie und des Privateigentums



diese Praxis betreibt, und das machte sie sehr wütend. Gewalttätiger war die Reaktion eines Mitglieds der pseudotrotzkistischen Liga de Trabajadores por el Socialismo – ContraCorriente, das bei der Demonstration am 2. Oktober 2001 in Tlatelolco eine üble schwulenfeindliche Schmähung von sich gegeben hatte: Er griff einen unserer Genossen physisch an, der ihn dafür verurteilt hatte.

Viele Jugendliche, die über die fürchterliche Unterdrückung der Ureinwohner empört sind, suchen bei den Zapatistas [EZLN] nach Führung. Aber sie werden von ihnen keine Frauenbefreiung bekommen und nichts, was einer Revolution gleich kommt. Während des EZLN-Aufstands 1994 wiesen die Zapatistas den Kampf für proletarische Revolution explizit zurück, und [der EZLN-Führer Subcomandante] Marcos distanziert sich regelmäßig vom Erbe Lenins. Ihr „Revolutionäres Frauengesetz“ von 1993 bestätigt eine Reihe von elementaren demokratischen Rechten für Frauen, aber laut Erklärungen ihrer eigenen Mitglieder bei einer Versammlung in Oventik im Dezember 2006, auch veröffentlicht auf ihrer offiziellen Website, gilt: „Im Gebiet der Zapatistas gibt es keine politische Richtlinie hinsichtlich Abtreibung.“

Es ist also kein Zufall, dass Marcos in der ganzen hitzigen jetzigen Polarisierung verdächtig schweigsam geblieben ist. Das Programm der EZLN hat seine Grenzen vollkommen im Rahmen des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie; es tritt für Reformen ein, z. B. eine neue Verfassung, ohne die Herrschaft des Privateigentums anzutasten, die die Grundlage der Frauenunterdrückung darstellt. Die Zapatistas manifestieren einfach eine weitere Form des traditionellen lateinamerikanischen populistischen Nationalismus mit einer gewissen Basis in der Bauernschaft. Daher bleibt die EZLN notwendigerweise, trotz gelegentlicher Kritik, im Umkreis der PRD.

Die Idealisierung traditioneller Bauernkultur und -wirtschaft wie in den Caracoles der Zapatistas [autonome Gemeinden der Ureinwohner] bedeutet eine Idealisierung des Elends und der Rückständigkeit und die Aufrechterhaltung der Familienstruktur. Für die Bauernschaft ist die Familie die Wirtschaftseinheit der Kleinbauernwirtschaft. Die Klasseninteressen der Bauern beruhen auf dem privaten Landbesitz, und die Bauernschaft ist nicht in der Lage, die Gesellschaft auf einer kollektiven Grundlage umzuorganisieren. Ihr konservativ prägender Einfluss kann nur durch die Führung der Arbeiter überwunden werden, die an der vergesellschafteten Produktion in Industriebetrieben teilnehmen.

Um dem Elend der indigenen Bevölkerung und der gesamten Bauernschaft ein Ende zu setzen, ist die Einführung moderner Technologie auf dem Land notwendig: Traktoren, Düngemittel, Bewässerung, dazu Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Transportmittel. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch eine sozialistische Revolution und die Errichtung einer kollektivierten, international geplanten Wirtschaft.

Der Feminismus: eine bürgerliche Ideologie

Jeglicher Kampf, der nicht die materielle Grundlage der Frauenunterdrückung angreift, wird Frauen nicht befreien. Der Feminismus ist eine bürgerliche Ideologie, die den Ursprung von Frauenunterdrückung in Ideen sieht und den Kampf für Frauenbefreiung mit dem Kampf für die demokratischen Rechte von Frauen gleichsetzt, d. h. für die Gleichstellung von Frauen und Männern unter dem Kapitalismus. Der Feminismus stellt sich daher dagegen, die Massen der arbeitenden Frauen real zu befreien, durch den Sturz des Wirtschaftssystems, das die Quelle ihrer Unterdrückung ist, und propagiert stattdessen als Hauptwiderspruch der Gesellschaft den zwischen Mann und Frau. Das Ziel des bür-

gerlichen Feminismus ist es, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Frauen den Zugang zum männlichen Klub der Mächtigen und Privilegierten zu ermöglichen, als Feinde des Proletariats.

Die populäre bürgerliche Feministin Marta Lamas, die Abtreibung als *elementares demokratisches Recht* ablehnt, schreibt, dass „wir alle dafür sind, dass Abtreibungen aufgehört; das Problem ist, dass zur Erreichung dieses Zieles die einen denken, sie sollte bestraft werden, und andere denken, sie sollte entkriminalisiert werden“ (zitiert in *La Jornada*, 12. April). Angesichts der reaktionären Anti-Abtreibungs-Offensive machen sich die PRD und bürgerliche Feministen moralistisch und defensiv die Schuld und Angst erzeugende Vorstellung zu eigen, Abtreibung sei gefährlich und traumatisierend. Wenn sie unter angemessenen hygienischen Bedingungen und durch qualifiziertes Personal durchgeführt wird, ist Abtreibung tatsächlich ein sehr einfacher und sicherer medizinischer Eingriff. Ein Großteil der Empfindlichkeiten gegenüber Abtreibung rührt aus der von der katholischen Kirche erfundenen Vorstellung her, ein Fötus sei ein mit einer Seele versehenes menschliches Wesen und Abtreibung daher falsch. Als Materialisten weisen wir die Vorstellung der Existenz einer Seele zurück.

W.I. Lenin schmiedete die bolschewistische Partei mit dem Verständnis, „daß das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der *Volkstribun* sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen“ (*Was tun?*, 1902). Wir Spartakisten haben uns die Aufgabe gestellt, international solche Parteien zu schmieden als entscheidenden Hebel, um durch sozialistische Revolutionen weltweit eine kommunistische Zukunft zu schaffen. Im Kampf für neue Oktoberrevolutionen sind Leo Trotzki's Worte von 1924 („Perspectives and Tasks in the East“ [Perspektiven und Aufgaben im Osten]), die er an die Frauen des Ostens richtete, direkt auf Mexiko und die gesamte halbkoloniale Welt anwendbar: „Es wird keinen besseren Kommunisten im Osten geben, keinen besseren Kämpfer für die Idee der Revolution und die Idee des Kommunismus, als die erwachte Arbeiterin.“■

KORREKTUR

Der Artikel „BT: antikommunistische Beschönigung der Bundeswehr“ im *Spartakist* Nr. 167, Sommer 2007, erklärt, „dass der BT-Vorläufer ET (External Tendency) 1982 darüber gebildet wurde, Bill Logan zu verteidigen, den die BT später offen als ihren gesalbten Führer in die Arme schloss“. Der Grund für die Flucht der ET-Gründungsmitglieder aus unserer Organisation war, wie der Artikel erklärt, dass sie Anfang der 1980er-Jahre kalte Füße über unsere Verteidigung der Sowjetunion bekamen, als sich der zweite Kalte Krieg zuspitzte. Als sie sich später zusammenfanden, um die ET zu gründen, erklärten sie nicht, dass sie dies taten, um Logan zu verteidigen, obwohl sie in ihrer Gründungserklärung vom Oktober 1982 beträchtlichen Platz und Mühe darauf verwandten, Logan als ein Opfer und Sündenbock unseres angeblich bürokratischen Regimes darzustellen. Im gleichen Artikel erwähnen wir, dass der Protofaschist Ulrich Sandhaus 1984 einen brutalen physischen Überfall auf eine Genossin von uns verübte. Zwar plante er den Überfall und überwachte ihn persönlich, er ließ ihn aber von einer Kumpanin ausführen. Weiteres dazu in *Spartakist* Nr. 51, Oktober 1984.

SPARTAKIST

Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Mexiko-Stadt: Reaktionäre Rechte gegen Abtreibungsreform

Wir drucken im Folgenden die gekürzte Übersetzung eines Artikels aus Espartaco Nr. 28 (Sommer 2007) ab, veröffentlicht von unseren Genossen der Grupo Espartaquista de México (GEM).

Am 24. April beschloss die von der PRD [Partei der Demokratischen Revolution] dominierte Gesetzgebende Versammlung von Mexiko-Stadt, die Gesetze der Stadt zu ändern und die Abtreibung auf Wunsch zu erlauben – ein elementares demokratisches Recht –, und zwar für die ersten 12 Schwangerschaftswochen. Dadurch bekam die Stadt nicht nur das liberalste Abtreibungsgesetz Lateinamerikas außerhalb von Kuba und Puerto Rico; eine Abtreibung ist auch bei weitem einfacher zu erhalten als in den USA und dem größten Teil Europas, da sie für Einwohner der Stadt in öffentlichen Krankenhäusern kostenlos durchgeführt wird.

Einige Forscher schätzen, dass in Lateinamerika und der Karibik die Haupttodesursache für Frauen zwischen 15 und 39 Jahren Komplikationen nach illegalen Abtreibungen sind, etwa 1500 mexikanische Frauen sterben jährlich daran. Die Abtreibungsreform ist eine wichtige Errungenschaft für alle Frauen, wird aber eine besondere Auswirkung auf das Leben von



Marco Paláez

Oben: Protest in Mexiko-Stadt gegen Versuch des Generalstaatsanwalts, Abtreibungs-Legalisierung in der Stadt wieder rückgängig zu machen. Unten: Kundgebung der GEM an UNAM-Universität, 19. April. Rechtes Plakat: „Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!“



Espartaco

Arbeiterinnen, armen und jungen Frauen haben. Sie haben nicht die Mittel, für eine sichere Abtreibung ins Ausland zu reisen oder eine deftige Summe für eine illegale Abtreibung unter anständigen Bedingungen zu zahlen. Allerdings sieht das Gesetz weiterhin Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten für Frauen vor, die nach den ersten 12 Wochen eine Abtreibung erhalten, und von ein bis drei Jahren für diejenigen, die sie durchführen. Wir sagen: Weg mit allen Strafen! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch *in ganz Mexiko!* Nein zur 12-Wochen-Begrenzung!

Wir sind revolutionäre Kommunisten, und so unterstützt die Grupo Espartaquista de México, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), diese Reform und jede Errungenschaft, die für Frauen gewonnen wurde, wie partiell sie auch sein mag. Am 19. April hielt die Juventud Espartaquista [Jugendgruppe der GEM] an der Fakultät für Politikwissenschaft der UNAM [Nationale Autonome Universität von Mexiko] eine Kundgebung ab und forderte: „Kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!“ Das war in diesem Frühjahr eine der sehr

Fortgesetzt auf Seite 23

Keine Illusionen in die bürgerliche PRD! Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!